

Riesaer Tageblatt

Drahtausgabe
Tageblatt Riesa.
General Nr. 20.
Vorlaß Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postleitzettel:
Dresden 1580.
Girokasse
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Umtshauptmannschaft Großenhain, des Umtsgerichts und der Umtshauptmannschaft beim Umtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beständlicheste bestimmte Blatt.

Nr. 290.

Mittwoch, 14. Dezember 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark zu Riesen durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Preisssteuererhebungen, Erhöhungen der Währung und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorauß zu beglichen; eine Gebühr für das Erstellen an bestimmten Tagen und Plätzen nach nicht übernommenen Grundbaren für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Seite (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; für die 20 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zittraubende und tabellarische Seite 50,- Riesen, Seite Tarife. Gewöhnlicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Weitläufige Unterhaltungsbeiträge — „Gesäßhölzer an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstigen irgendwelchen Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Niemann, Riesa. für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Besoldungsvorlage in 2. Lesung angenommen.

Berlin. (Rundschau.) Der Reichstag leistete heute die 2. Beratung des Besoldungsgesetzes bei den Übergangsvorschüssen fort.

Die Sozialdemokraten beantragten den im Ausdruck gestrichenen § 22 der Regierungsvorlage, der das Besoldungsdiensthalter regelt, wiederherzustellen.

§ 22 der Vorlage besagt, daß die in der neuen Besoldungsdienstvorschrift vorgelagerte Verkürzung des Besoldungsdienstalters 8 Jahre nicht übersteigen dürfe.

Abg. Röhr (Wirtl. Soz.) wünschte gleichfalls Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Die Abg. Rohmann (Soz.) und Torgler (Komm.) wünschten eine bessere Einrichtung der Militärdienstzeit.

Abg. Schmidt-Stettin (Dem.) verlangt, daß die Verkürzung des Besoldungsdienstalters 4 Jahre nicht überschreiten und nicht verhindern dürfe, daß der Beamte spätestens 2 Jahre vor der Erreichung der Altersgrenze das Ende des Dienstes erhält.

Ministerialrat Wever erklärt, daß die Regierung mit einer Wiederherstellung des § 22 unter keinen Umständen einverstanden sein könne.

Abg. Brüningshaus (DVP.) erklärt, es sei nicht richtig, daß durch die Neuregelung des § 22 s. höchstens 10 Prozent der Militärdienstler betroffen würden.

Die Abstimmungen wurden ausgeschlossen.

Es folgt die Befreiung des Abstimmtes.

Verteidiger, Ruhegehalter und hinterbliebenenbezüge.

Abg. Schmidt (Dem.) sieht in der Vorlage eine Schädigung der Pensionäre, deren Lebenshaltung mit zunehmender Leistung immer ungünstiger geworden sei. Am glatten Widerfuß zu der Magdeburger Fassung des Reichsfinanzministers sollen nach der Vorlage die Ruhestandsbemühungen gestellt werden als die im Dienst befindlichen Beamten. Der Redner beantragt, die im dauernden Ruhestand befindlichen Beamten ebenso zu behandeln wie die im einschweiligen Ruhestand. Die Vorlage dürfe nur mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden, denn sie sei ein Eingriff in die mobiliarworbene Rechte der Ruhestandsbemühungen und damit eine Verhassungsänderung.

Abg. Torgler (Komm.) hält dem Abg. Schmidt vor, daß im preußischen Landtag die demokratischen Minister die Pensionäre auch schlechter behandelt hätten.

Der Redner beantragt eine Verbesserung der Pensionen. Als Höchstbetrag für die Zahlung von Ruhegehaltern, Verteilgebern und hinterbliebenenbezügen soll nach dem Antrag für Endgehalter die Besoldungskategorie 4a (5800) gelten.

Abg. Rohmann (Soz.) wirft den Kommunisten vor, sie tritten als technische Notbesserer der Reaktion auf. Der Redner verlangt, daß die Ruhestandsbemühungen die gleiche Einschaltung erfahren, wie die Aktiven. Einsparungen könnten bei den hohen Pensionen gemacht werden. Der sozialdemokratische Antrag verlangt, daß das Ruhegehalt der Beamten und Offiziere niemals den Betrag von 12 000 Mark jährlich übersteigen soll.

Abg. Schmidt-Stettin (Dn.) verweist darauf, daß gerade die preußische Regierung sich am bestreiten gegen die Einschaltung gesträubt hätte. Gestern erst sei im preußischen Landtag ein Antrag auf Einschaltung abgelehnt worden. Einem Besoldungsgesetz würden die Deutschen nationalen niemals zustimmen.

Abg. Schmidt-Hannover (Dn.) wendet sich gleichfalls gegen den sozialdemokratischen Redner und erklärt, die Pensionäre der alten Wehrmacht seien keineswegs in einer bevorzugten Stellung. Eine Pensionskürzung würde die Verhassung verleihen bedeuten. Es sei doch nicht zu viel, wenn General von Mackensen nach 55jähriger Dienstzeit eine Jahrespension von 16 000 Mark jährlich erhält. (Urtheil bei den Soz.) Abg. Rohmann, der erst durch die Revolution Direktor eines Verwaltungsamts in Gruppe 18 wurde, legt sich jetzt eifrig für eine Aufbesserung der Direktoren ein. (Hört! Hört! rechts, Unruhe bei den Soz., weiterer Aufruhr des Abg. Kühl (Soz.).) Der Ruhm unseres alten Offizierkorps wird bestehen, wenn die Ruh- und Scheidemänner längst der Vergessenheit anheimgefallen sind, als merkwürdige Kuriosa einer franten Zeit. (Weltall rechts, Unruhe und Rufen bei den Soz.)

Abg. Schmidt (Dem.) wendet sich gegen die Ausschreibungen des Abg. Schmidt-Stettin.

Abg. Steinfort (Soz.) wirft dem Abg. Schmidt-Hannover vor, er habe als Hauptmann a. D. einen Ruhendienst angewendet, wie er bisher im Reichstag nicht üblich war. (Unruhe rechts.) Wir beantragen namentliche Abschaffung über die Anträge zur Pensionsfrage. (Weltall bei den Soz.)

Abg. Rohmann (Soz.) weist die Angriffe des Abg. Schmidt-Hannover zurück und erklärt, wenn dieser Abgeordnete die nach der Revolution zu Ruhenden gekommenen Männer angreift, so trifft er damit in erster Linie seinen Parteifreund, den aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Verkehrsminister Koch. Herr Schmidt behauptet, ich

hätte mich als Direktor eines Verwaltungsamts für eine Aufbesserung dieser Direktoren eingesetzt. Ich erkläre diese Behauptung für eine freche und unerhörbare Lüge. (Hört! hört! links.)

Präsident Voß ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Rohmann fortlaufend: Tatsächlich hat jetzt ein Parteifreund des Herrn Schmidt, ein Verwaltungsamtsdirektor in Hannover, Generalmajor a. D. Mitglied des Offizierbundes, schriftlich gebeten, ich möchte ihm doch Gelegenheit geben, mit Mitgliedern des Haushaltsschusses eine Aussprache zu bekommen. Dieser Bitte habe ich entsprochen.

Abg. Schmidt-Hannover: Weiter habe ich auch nichts behauptet. Große Unruhe links, Rufe bei den Soz.: Heiter Rücksicht, das will ein Offizier sein. (Lumpen.) Ich habe in meinen fachlichen Ausführungen keinen Angriff gegen das Offizierkorps gerichtet. Die vom Abg. Schmidt vorgetragenen persönlichen Verdächtigungen sind eine Gemeinschaft.

Präsidium Voß ruft den Abg. Rohmann wegen des letzten Ausdrucks nochmals zur Ordnung. Abg. Sollmann (Soz.) betont sich zu dem gegen den Abg. Schmidt-Hannover gerichteten Juxus „Lumpen“. Er erhält dafür einen Ordnungsruf.

Damit schließt die Aussprache über diesen Abschnitt.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage bei der Abrechnung des Besoldungsdienstalters wird in namentlicher Abstimmung mit 200 gegen 191 abgelehnt.

Der sozialdemokratische Antrag auf Einschaltung der Pensionäre in gleicher Weise wie aktive Beamte wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 184 Stimmen bei 19 Enthaltungen abgelehnt.

Bei der namentlichen Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, der die Pensionäre zum Höchstbetrag von 12 000 Mark jährlich befähigt will, stimmen für den Antrag neben den Sozialdemokraten auch die Kommunisten, viele Zentrumabgeordnete und die Wirtschaftliche Vereinigung. Gegen den Antrag stimmen auch die Demokraten. Der Antrag wird mit 200 gegen 190 Stimmen bei 17 Enthaltungen abgelehnt.

Abg. Kühl (Soz.), dessen Jurus „Verpflegter Hund“ sich nicht auf den Redner bezog, erklärt auf eine Frage des Präsidenten, er lasse diese Bezeichnung auch für den Abg. Schmidt-Hannover gelten.

Darauf erhält Abg. Kühl einen Ordnungsruf.

Abg. Erking (Centr.) bedauert die vom Abg. Schmidt-Hannover geübte Art der Auseinandersetzung. Damit werde den Regierungsparteien kein Dienst geleistet.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.): Die vom Abg. Rohmann gegebene Darstellung ist mir von meinem Parteifreund Schmidt-Stettin als richtig bestätigt worden. (Hört! hört! links.) Ich stelle nochmals fest, daß ich mit meinen Ausschreibungen nicht behaupten wollte, daß Herr Rohmann sich persönliche Vorteile verschaffen wollte. (Rufe links: Aber Sie haben es behauptet!)

Ablehnt werden auch die übrigen Änderungsanträge.

Zur Beratung kommen dann die

Schlussvorrichten,

zu denen der schon mitgeteilte Antrag der Regierungsparteien vorliegt, wonach freiwerdende Stellen in gewissem Umfang nicht wieder besetzt werden sollen.

Abg. Steinfort (Soz.) wirft die Frage auf, ob dieser Antrag nicht eine Verhassungsänderung bedeute. Die Sozialdemokraten seien nicht gegen eine Verminderung des Beamtenapparats, aber die in dem Antrag vorgeschlagene Regelung sei zu schematisch.

Abg. Koch-Weber (Dem.) wendet sich gegen den § 24, wonach Änderungen der Amtsbezeichnungen durch den Reichspräsidenten erfolgen sollen. Das würde der erste Schritt zur Wiedereinführung der Titelverleihungen sein. Der Antrag der Regierungsparteien sei ein falscher Weg zur Beamtenverminderung. Der richtige Weg sei eine gründliche Behördenreform mit dem Ziel des dezentralisierten Einheitsstaates. Die Demokraten würden in der dritten Sitzung eine entsprechende Entschließung beantragen.

Abg. Torgler (Komm.) beantragte die Aufnahme von Bestimmungen, durch die allen Beamten eine Ruhendienstzeit von 42 bis 48 Stunden gesichert wird.

Ein Regierungsparteivertreter erklärt, dem Abgeordneten steht gegenüber, es handele sich nicht um Titelverleihungen, sondern nur um Amtsbezeichnungen, die Verhassung werde also durch den Paragraphen 24 in keiner Weise verletzt.

Abg. Koch-Weber (Dem.) erwidert, nach den bisherigen Gesetzesbestimmungen wurden die Amtsbezeichnungen durch Gesetz festgelegt, nicht durch den Reichspräsidenten verliehen. Der Antrag der Regierungsparteien über die Beamtenverminderung sei undurchführbar, denn das Reich könne nicht, wie es der Antrag weiter verlangt, die Vorschriften des neuen Gesetzes auf die Länder, Gemeinden und Organe des öffentlichen Rechts ausdehnen.

Reichsfinanzminister Dr. Röhlert erklärt, die Regierung sei mit dem vom Abg. Koch bemängelten Antrag der Regierungsparteien einverstanden. Dieser Antrag benütze sich, die vielen Nieden über Verwaltungsreform in Taten umzuwandeln. Er sei auch nicht verhassungsändernd.

Abg. Steinfort (Soz.) beantragt den Antrag dem Haushaltsschluß zu überweisen.

Abg. von Gudath (Centr.) tritt für den Antrag des Regierungsparteien ein. Die Überweisung an den Haushaltsschluß würde zu einer Verzögerung der Besoldungsordnung führen.

Die Überweisung des Antrags an den Haushalt wird mit 186 gegen 150 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag wird dann in namentlicher Abstimmung mit 218 gegen 171 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Unter Abstimmung aller sonstigen Änderungsanträge werden die Schlussvorrichten angenommen.

Die einzelnen Besoldungsvorlagen werben gegen Kommunisten und Wirtschaftliche Vereinigung angenommen.

Abg. Frau Weber (Centr.) begrüßt in einer Erklärung der Regierungsparteien die Eingruppierung der weiblichen Beamten in Gruppe 5b als die Wiedergutmachung eines früheren Unrechtes.

Die Plänenordnung für die außerplanmäßigen Beamten wird gleichfalls nach den Auslandssiedlungen angenommen.

Damit ist die Besoldungsvorlage in 2. Lesung angenommen.

Die preußische Besoldungsvorlage erledigt.

Berlin. (Rundschau.) Der preußische Staatsrat erhebt in seiner heutigen Sitzung gegen die preußische Besoldungsvorlage keine Einwendungen, so daß damit die Besoldungsvorlage endgültig in allen Instanzen erledigt ist.

Auch die Zellreform der preußischen Gemeindeordnung bestätigt.

Berlin. (Rundschau.) Im preußischen Staatsrat wurde heute in namentlicher Abstimmung mit 18 gegen 20 Stimmen beschlossen, gegen die vom Landtag angenommene Zellreform der Gemeindeordnung, die insbesondere die Aushebung der Unisegte vorstellt, keine Einwendungen zu erheben.

Abg. Koch-Weber (Centr.) bedauert die vom Abg. Schmidt-Hannover geübte Art der Auseinandersetzung. Damit werde den Regierungsparteien kein Dienst geleistet.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.): Die vom Abg. Rohmann gegebene Darstellung ist mir von meinem Parteifreund Schmidt-Stettin als richtig bestätigt worden. (Hört! hört! links.) Ich stelle nochmals fest, daß ich mit meinen Ausschreibungen nicht behaupten wollte, daß Herr Rohmann sich persönliche Vorteile verschaffen wollte. (Rufe links: Aber Sie haben es behauptet!)

Ablehnt werden auch die übrigen Änderungsanträge.

Zur Beratung kommen dann die

Schlussvorrichten,

zu denen der schon mitgeteilte Antrag der Regierungsparteien vorliegt, wonach freiwerdende Stellen in gewissem Umfang nicht wieder besetzt werden sollen.

Abg. Steinfort (Soz.) wirft die Frage auf, ob dieser Antrag nicht eine Verhassungsänderung bedeute. Die Sozialdemokraten seien nicht gegen eine Verminderung des Beamtenapparats, aber die in dem Antrag vorgeschlagene Regelung sei zu schematisch.

Abg. Torgler (Komm.) beantragte die Aufnahme von Bestimmungen, durch die allen Beamten eine Ruhendienstzeit von 42 bis 48 Stunden gesichert wird.

Ein Regierungsparteivertreter erklärt, dem Abgeordneten steht gegenüber, es handele sich nicht um Titelverleihungen, sondern nur um Amtsbezeichnungen, die Verhassung werde also durch den Paragraphen 24 in keiner Weise verletzt.

Abg. Koch-Weber (Dem.) erwidert, nach den bisherigen Gesetzesbestimmungen wurden die Amtsbezeichnungen durch Gesetz festgelegt, nicht durch den Reichspräsidenten verliehen. Der Antrag der Regierungsparteien über die Beamtenverminderung sei undurchführbar, denn das Reich könne nicht, wie es der Antrag weiter verlangt, die Vorschriften des neuen Gesetzes auf die Länder, Gemeinden und Organe des öffentlichen Rechts ausdehnen.

Reichsfinanzminister Dr. Röhlert erklärt, die Regierung sei mit dem vom Abg. Koch bemängelten Antrag der Regierungsparteien einverstanden. Dieser Antrag benütze sich, die vielen Nieden über Verwaltungsreform in Taten umzuwandeln. Er sei auch nicht verhassungsändernd.

Abg. Steinfort (Soz.) beantragt den Antrag dem Haushaltsschluß zu überweisen.

Die Genfer Ergebnisse.

Berlin. (Rundschau.) Über die Aussöhnung der am letzten Tagung des Völkerbundes Beteiligten wird mitgeteilt, daß man sich in diesen Kreisen gegen eine Unterschaltung der Bedeutung des Genfer Ergebnisses wendet. Der in Genf erzielte Erfolg ist deshalb nicht zu unterschätzen, weil man doch Litauens Existenz auf einige Zeit sichergestellt hat, sogar in Gegenwart Polens. Die Polen haben Litauens Souveränität anerkannt. Wenn auch in der Litauensfrage, die zum ersten Mal in Genf ausdrücklich erwähnt wurde, keine Lösung erzielt worden ist, so ist die doch angebahnte, womit man wohl zufrieden sein kann. Die Situation war sehr ernst: Es bestand Kriegszustand und Polen hätte daraus Konsequenzen ziehen können, wenn an den Grenzen bisher auch nichts passiert wäre. Diese Lösung, die viele unzureichende Kommentare in der Presse erzeugt hat, sieht — wie schon bekannt gegeben wurde — teilweise unter irgendeinem Druck Polens und Reichsminister Dr. Stresemann hat mit Recht in seinem bekannten Schreiben an den Reichspräsidenten die Sachverhalt gegenüber Unterstellungen betonten haben, durch die die immerhin beträchtliche Leistung der Radikalgruppen herabgewürdet werden sollte.

Städte in Erinnerung sein wird. Wenn man nun aus den gemachten Beobachtungen auf diesen Winter schließen will, so muß man erst abwarten, wie die nächsten Tage sich gestalten. Gewöhnlich lassen sich aus den Tagen Mitte Dezember bereits die kalten Sonnertage voraussehen.

— * Arbeitsgemeinschaft der Spendersverbände der ländlichen Wirtschaft. Die Spendersverbände der ländlichen Produktion, des Handels und Handwerks, sowie der Handwirtschaft, haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft der Spendersverbände der ländlichen Wirtschaft zusammengefunden zu dem Zwecke, gemeinsame Maßnahmen über besonders wichtige, alte Wirtschaftskreise Sachsen berührenden Fragen des Wirtschaftslebens zu erlegen und, soweit es notwendig erscheinen sollte, zu einheitlicher Stellungnahme zu kommen.

— * Schulteien zu Jahn's 150. Geburtstag. Die Deutsche Turnerschaft hat an die Regierungen des Reichs und der Länder ein Schreiben gerichtet, in welchem sie darauf aufmerksam macht, daß am 11. August 1928 seit der Geburt des Turnvaters Jahn 150 Jahre verflossen sein werden. Die Bedeutung Jahns für die Förderung des deutschen Volkstums und für die Erringung der deutschen Einheit ist gerade in neuerer Zeit von Regierungen und Volk immer allgemeiner anerkannt worden. Weiteste Freude des deutschen Volkes, insbesondere aber die deutsche Jugend, erwarten daher mit Bestimmtheit, daß an Jahn's 150. Geburtstag feierlich auch in den Schulen gedacht wird, die doch lärmlich die Verhüllungen in der von ihm erdachten Form in ihre Lehrpläne aufgenommen haben und mit immer größerem Elter und immer größerem Augen für die herausnehmende Jugend betreiben. Gerade bei diesem Gedenktag könnte eine Schulteile außerordentlich mannigfaltig gestaltet werden, sie könnte in turnerischen Vorführungen bestehen, in Vorträgen, Schulwanderungen und vergleichbar. Die Deutsche Turnerschaft bittet daher, alle deutschen Schulen durch Verfügung zu einer solchen Jahntfeier zu veranlassen.

— * Forderungen der technischen Beamten. Der Reichsamt Deutscher Technik hat eine Eingabe an den Landtag gerichtet, in welcher der technischen Beamtenfach Sachsen Einspruch erhebt, daß in dem Gesetzentwurf über die Dienstvergabe der Staatsbeamten die vor dem Eintritt in den Staatsdienst auf eigene Kosten erworbene langjährige Berufsbildung bei der Bewertung in den Betracht kommenden Beamtengruppen keine ausreichende Berücksichtigung gefunden hat.

— * Zum sächsisch-thüringischen Gebietsaustausch. Dem Tel.-Nachsendertum wird aus Weimar berichtet: Das sächs. Staatsministerium hat dem Landtag jetzt den Gesetzentwurf über die Gebietsaustausch mit dem Kreisbauamt Sachsen ausgeben lassen. Mit Rücksicht darauf, daß es wegen der Forderung der Länder Sachsen und Thüringen nach Artikel 18 der Reichsverfassung eines Reichsgesetzes bedarf, die Gebietsänderungen am 1. April 1928 in Kraft treten sollen, und bis dahin umfangreiche Vorarbeiten zur Überleitung der Gebiete erforderlich sind, soll das Gesetz noch in diesem Jahre verabschiedet werden.

— * Befolbung der Richter. Sämtliche Regierungskommissionen haben im Landtag einen Entschließungsantrag eingereicht, wonach die Einkünfte der Richter und Staatsanwälte im Reich und den Ländern nicht der Bedeutung und Wichtigkeit der Rechtspflege entsprechen. Die Antragsteller ersuchen die Regierung, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß dieselbe recht bald auf eine wesentliche Besserstellung obengenannter Beamten im Reiche und den Ländern nachdrücklich hinweize.

— * Vorfall bei der Annahme belgischer Banknoten. Das Kriminalamt Dresden teilt mit: In Belgien besteht außer der alten Papiermarktwährung noch eine neue Belga-Währung und zwar sind 5 alte Franken gleich 1 Belga. Dies hat sich ein unbekannter Beiträger ausgezahlt gemacht, indem er einen hiesigen Kellner um Umwandlung von 200 Franken gebeten und dabei auf den amtlichen Auszeitel in der Zeitung hingewiesen hat. Da dieser Kellner aber nur Belga notierte und der Kellner von der belgischen Doppelwährung keine Kenntnis hatte, hat er gläubig die Banknoten als Belga-Noten angenommen und nach dem Geschäftsausgang umgewechselt. Der Kellner ist dadurch empfindlich geschädigt worden.

— * Was ist die Christrose? Eine wirkliche Rose ist die Christrose nicht, sondern die Pflanze gehört unter die Mannigfaltigkeiten, die durch eine unserer häufigsten Wiesenpflanzen, den Habichtskraut, bekannt sind. Man nennt die Pflanze Christrose, weil sie im Monat Dezember im Freien blüht, sonst unter dem Sonnen. Aus der fröhlichen, schwatzindigen Wurzel entspringt ein kurzer Stengel, der einen Krone immergrünener, derben Blätter und stielmäßig große, grünlichweiße, neidliche Blüten trägt. Im Deutschland findet man die Pflanze nur in den Ostalpen Bayerns wild wachsen; doch wird sie viel in Gärten gezeigt. Die Pflanze heißt auch "Nieswurz", weil tatsächlich früher ihre Wurzel zu einem Niespulver zerrrieben wurde, das durch Nieskreis dem Kranken Erleichterung schaffen sollte. Wegen der Schönheit dieses Niespulvers schrieb man ihm die Kraft zu, Schenkte wieder zum Leben zurückzuführen. Der medizinische Gebrauch der Pflanze hat längst aufgehört, nur der unübliche Name ist geblieben. Der Name Christrose dagegen hört sich ähnlich an, eine Rose, die zur Christzeit blüht! Der Name knüpft an die Volks Sage, daß in der Stunde, in der der Heiland geboren wurde, sich Bäume und Sträucher mit Blüten bedekt hätten, die Christrose hat ihr Glück um diese Zeit beibehalten.

— * Vom mächtig. Durch Expressen in den Tod getrieben? Der Oberpostdirektor S. von hier, der schon einmal verschwunden war, batte sich vor Wochen unter Mitnahme eines geringen Betrages tausender Zeitungssäulen von seinem Amt und seiner Familie entfernt. Während er damals aufgefunden wurde und nach seiner Krankenhausbehandlung wieder seinen Dienst verfaßt, blieben diesmal alle Nachforschungen vergeblich. Gestern endlich fanden Jäger den Vermissten mit durchschnittenem Hals und geschnittenem Pulsohr in einem Felde; Blutspuren zeugten von einem schweren Todesschlag. Ueber die Beweggründe zum Selbstmord verlautet, daß der Unglücksliste die Entdeckung einer früheren Verleumdung fürchtete und Geprässen in die Hände gefallen sein soll. Anwesenheit dieser Annahme begründet ist, dürfte sich nur herausstellen, wenn der Sohn etwa den Namen seiner Mutter aufgeschrieben haben sollte, vor dem er viele Jahre lang entziehende Durchgang habe haben muß.

— * Großenbaum. In der berüchtigten Kurve der Staatsstraße Weizen-Großenbaum am Güterzüger Dorfstraße verunglühte am Sonntag bei Tagesanbruch ein Autobesitzer aus Coswig. Unioige der Blätter unter der leichten Schneedecke geriet der Wagen ins Schleudern und fuhr mit Brüchen gegen die Haussäule des Gasthofes. Die Unfalls, drei Kinderchen im Alter von 4 bis 7 Jahren und ein älteres Kindchen, sowie der Wirt, erlitten zum Glück nur leichte Glasplattverletzungen im Gesicht. Das Auto war noch jeweils gebrauchsfähig zu machen, daß es die Verunglüchten wieder zur Heimfahrt bringen konnten. Lediglich dem Wirt, daß der Wagen mit gerissener Geschwindigkeitslimite

nötig, ist es zu danken, daß das Unglück für die Unfalls noch geringfügig abließ.

— * Weichen. Schwerer Unfall in einem Steinbruch. Ein benachbarter Klosterhüter kam der Wirtschaftsprüfer G. aus Sebnitz dadurch schwer zu Schaden, daß bei seiner Tätigkeit an einer Felswand sich ein Stein löste, auf die von ihm benutzte Werkzeuge fiel und diese ihm mit aller Macht gegen den Unterleib schlug. Der Werkzeugkoffer entglitt dabei, wobei ihm ein großer Steinblock nachfiel. Wie durch ein Wunder kam er zwischen zwei Steinblöcken zu liegen, auf die der schwere mit ihm abgestürzte Stein herabrollte. Auf diese Weise blieb er zwischen den beiden Steinen liegend, vor weiteren Verleumdungen bewahrt, die seinen unmittelbaren Tod hätten zur Folge haben müssen. Die Verleumdung des Unterleibes hatte sich als eine Verfolgung hervorgerufen heraus, außerdem wurde ihm ein Teil des Unterkiefers heraus.

— * Dresden. General Heine in Dresden. Der Chef der Heeresleitung General der Infanterie Heine weilt heute Mittwoch, den 14. Dezember, zur Besichtigung von Standortanlagen in Dresden.

— * Dresden. Wegen Unterschlagung im Amt verhandelte das Gemeinsame Schöffengericht zu Dresden gegen den vormaligen Stadtsekretär Richard Ernst Hans Hanisch, der früher bei der Gemeinde Weißer Hirsch angestellt, nach der Einverledigung im Dienste der Stadt Dresden gestanden und in den letzten Jahren dem Verwaltungsamte zugewiesen war. Der Angeklagte hatte in der letzten Dienststelle noch und nach über 3000 M. veruntreut. Diese Unrechtmäßigkeiten wurden begangen, weil Hanisch in der Insationszeit spekuliert, dabei Gehaltszuflüsse getan, und war dann in Schulden geraten. Um aus dieser Lage herauszukommen, beging er dann noch den Fehler, sein Glück durch Unlegung von Weinen zu versuchen, selbster aber dabei auch rein, und verlor dann durch Unregelmäßigkeiten im Dienste und mittels Wechsel die entstandenen Löcher auszugleichen. Er machte immer neue Löcher auf, alte zu, bis die Geschichte eines Tages heraustrat. Diese Handlungsweise wurde vom Gericht mit acht Monaten Gefängnis geahndet.

— * Dresden. Empfindliche Bestraftung waren Vergehen gegen das Reichsmonopolgesetz. Das Gemeinsame Schöffengericht Dresden verurteilte den in der Miete der dreiköpfigen Haberlebenden Chemiker Christian Starke aus Meißen wegen Vergehen gegen das Branntweinmonopolgesetz zu einem Monat Gefängnis und zu 4000 Reichsmark Geldstrafe sowie zu 1500 Reichsmark Wertschärfstrafe. Im Falle der Uneinholbarkeit der Geldstrafe treten anderen Stelle für je 500 Mark ein Tag Gefängnis als Strafe. Ein mitangklagter Kaufmann Bruno Franz Vieckel, 42 Jahre alt, wurde freigesprochen. Der Verurteilte hatte in der Königsstraße in Dresden-Reußendorf eine Fabrik der chemischen Branche betrieben und für angebliche Verwendung zur Herstellung von Schönheitsmitteln vergällten Spiritus zu verbilligten Preisen bezogen, leichten aber bestimmungswidrig für andere Zwecke verwendet. Diese begangenen Unregelmäßigkeiten lagen bereits einige Jahre zurück, der weitaus genaue Umlauf ließ sich nicht feststellen sondern nur schätzen. Es wurden 4000 Liter als bestimmungswidrig verwendet angenommen. Das Hauptklammt hatte dem Verlehrten als Nebenklafter angeklagt.

— * Dresden. Der Dresdner Preßball 1928. Wie schon mitgeteilt, sind die umfangreichen Vorbereitungen für den diesjährigen Preßball, der vom Bezirkssverein Dresden des Landesverbandes der Sächsischen Presse gemeinsam mit dem Verein Dresdner Presse veranstaltet wird, in vollem Gang. Dieses Ballfest, das am Sonnabend, den 14. Januar 1928, stattfindet, wird wiederum in sämtlichen Räumen des städtischen Ausstellungspalastes abgehalten, dessen Konzerthalle gerade jetzt eine künstlerische Neugestaltung erlebt, während die übrigen Räume eine besondere Ausstattung erhalten werden. Der Preßball steht bekanntlich seit Jahren zu den großen gesellschaftlichen Veranstaltungen, denen man unabdingt dabeiwesen sein muß. Der künstlerische Teil des dieswinterlichen Festes wird von ersten Kräften der Staatsoper, des Opernballtanzes, des Schauspiels, der Operette und des Films bestreitet. Ferner erwarten die Feierstilnehmer eine mit wertvollen Gemälden, darunter solchen aus der staatlichen Porzellansammlung Meissen, reich ausgestattete Tombola. Der Stiluntertrag des Festes ist für die Wohlfahrtsstiftungen der beiden Preßvereinigungen bestimmt. Vorstellungen auf Zeichnerpartien können schon jetzt bei der Konzertdirektion dieses bewirkt werden. Auch für den Weihnachtstisch dürften Seitentafeln zum Preßball eine sehr willkommene Gabe darstellen.

— * Dresden. Neffe und Onkel als Siebler und Hebler. Der 19 Jahre alte Bote Heinz Breitfelder, der bei der Dresdner Müllabfuhrgesellschaft beschäftigt war und die Müllabfuhr hatte, die Einlagerungen in den Lagerhäusern zu überwachen, hatte seit Anfang Februar fortgesetzt wertvolle Sachen im Gesamtbetrag von etwa 20000 Mark teilweise unter Aufbrechen von Behältnissen gestohlen. Unter dem Diebesgut befanden sich kostbare Teppiche und der Inhalt eines Silberschatzes. Die gestohlenen Sachen nahm ihm größtenteils sein mitangklagter Onkel, der 27 Jahre alte Kaufmann B. Ulrich Breitfelder ab, der sie weiter veräußerte. Das Gemeinsame Schöffengericht verurteilte gestern Heinz Breitfelder wegen fortgesetzter schwerer und eindringlicher Diebstahl zu einem Jahr Gefängnis und Arthur Breitfelder wegen fortgesetzter gewerb- und gewohnheitsmäßiger Diebstahl zu einem Jahr Gefängnis und zwei Jahren Sicherheitsverwahrung.

— * Borna. Bei einem Teerottstock gestürzt. Ein älterer Arbeiter stolperte gestern, als er an einem mit Teer gefüllten Bottich vorüberging. Er fiel nach vorn und mit dem Kopf in den mit siedendem Teer gefüllten Bottich. Schwer verletzt, vor allem mit völlig verbrannten Gesicht, wurde der Betrunkenste nach dem Krankenhaus gebracht.

— * Görlitz a. S. tödlicher Unfall. Der Wintersport Verkufer aus Niederleisig war damit beschäftigt, einen einschotterten Karbidbehälter aufzutauen. Bei dieser Arbeit erfolgte plötzlich eine Explosion, der Deckel wurde hochgeschleudert und traf den 21-jährigen Wintersport B. mit voller Kraft an die Stirn. Der Schwerverletzte wurde in die klinische Heilstätte gebracht und erlag kurz darauf seinen Verleumdungen.

— * Böhlen a. S. Hohes Alter. Am Donnerstag, den 16. Dezember, feiert der älteste Einwohner des Böhlerdorfes, Brixius August Richter, seinen 90. Geburtstag.

— * Großröhrsdorf. Weihnachtsfeier. Der Ehrenbürger, Herr Theodor Höhler in Nennsgrün, hat auch dieses Jahr seinem Heimatort für Kriegerverbündete und bedürftige Schulkinder zur Weihnachtsfeier 1500 Mark überwiesen.

— * Leipzig. Das Reichsgericht verworf die Revision des Kantors und Schulleiters Friedrich Weinel aus Hammer-Unterwiesenthal, der wegen Brandstiftung, Unterhöhlung im Amt und anderer Vergehen vom Schöffengericht Chemnitz am 1. Juli 1927 zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrenstrafverlust verurteilt worden war. Weinel hatte Spargeleiter seiner Schüler in Höhe von 290 Mark untergeschlagen. Verurteilt wurde er belausigt, am 16. Oktober 1928 die Schule in Hammer-Unterwiesenthal in Brand gestellt zu haben. Der Angeklagte batte in der Hauptverhandlung dies nicht gelungen.

— * Leipzig. Andloß vor dem Reichsgericht. Das Reichsgericht verhandelte gestern in der Steuerverhandlung des Wurstfabrikanten Wilhelm Andloß Leipzig, der vom

Großherrenrichter Leipzig wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelegesetz und Nahrungsmittelexploitation zu acht Monaten Gefängnis und 1800 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. Andloß hatte gegen das Urteil schon beim Landgericht Berolina eingesetzt, die verworfen worden war. Vor dem Reichsgericht beantragte der Rechtsanwalt Vermerlung der Revision. Die Urteilsverkündung wird am 17. Januar erfolgen.

— * Roßlau. Zwei Arbeiter verletzt. In einer Grube wurden zwei Arbeiter durch einkürzende Sandmassen verschüttet. Während der eine leicht verletzt ins Krankenhaus gefeuert wurde, konnte der andere namens Merkel nur als Leiche geboren werden.

— * Großenhain ausdorf. Auf dem bieligen Oberen Teich tummelten sich am Sonntag nachmittag mehrere größere Störchen auf dem See. Da die See nicht genügend Wasser bot, brachen drei Kinder ein. Zwei von ihnen konnten sich nur mühsam retten, während der 13-jährige Hans Träger ertrank.

— * Annaberg. Eine Pappefabrik niedergebrannt. Im benachbarten Wallersdorf bei Schlettau brach gestern kurz nach Mittag in der Pappefabrik von Emil Schmid ein Großfeuer aus, wodurch das gesamte Fabrikgebäude in Flammen gelegt wurde. Das Wohnhaus konnte noch durch Eingreifen der Feuerwehr gerettet werden. In der Nähe befindliche hölzerne Schneeschuhpämpe und Glendabachschwellen wurden gleichfalls ein Raub der Flammen.

— * Thurn. Das entfernte Hindenburgbild. Dem Zeitungsausschendienst wird geschrieben: In der Verbandsrealialschule in Thurn im Erzgebirge war auf Verlangen des Studiendirektors Dr. Große ein Bild des Reichspräsidenten Paul Hindenburg aus dem Klassenzimmer entfernt worden. Auf einer vom Abg. Voigt (D. B. V.) im Sächsischen Landtag gestellte kurze Anfrage bat die Regierung schriftlich Antwort erteilt. Aus ihr ergibt sich, daß Studiendirektor Dr. Große, dem in jener Klasse der Religionsunterricht übertragen war, vom Oberstudiendirektor der Untertat verlangt hat, diesem Bild einen anderen Platz zu geben, „weil es ihm von seinem weltanschaulichen Standpunkte aus schwer werde, die Lehren Jesu im Religionsunterricht mit der erforderlichen inneren Wärme vorzutragen, wenn er dabei das Bild Hindenburgs in Uniform (d. h. als das Bild eines Vertreters der früheren Militärmacht) vor sich habe“. Der Oberstudiendirektor der Untertat hat dem Klassengegenüber, das Bild aus dem Klassenzimmer entfernt und es im Treppenhaus der Schule aufgehängt. Das Ministerium für Volksbildung hat nach Feststellung des Sachverständigen aus dem Klassenzimmer gemäßigt und angeordnet, daß es an seinem alten Platz zurückzubringen sei, was inzwischen geschehen ist.

— * Kirberg i. Sa. Der Staubüberfall bei Obercrottig aufgelöst. Der Staubüberfall, der am Sonnabend, den 3. Dezember, auf die Kontoristin Wohlhaber bei Obercrottig ausgeführt wurde und bei welchem den Tätern die Handtasche der Überfallenen mit 847 Mark in die Hände fiel, ist aufgeklärt. Als Haupttäter wurde der Arbeiter Bruno Pils aus Saupsdorf ermittelt. Seine Helferhelfer Fritz Berthold und Herbert Weigold wurden gleich ihm in das Mündungsgericht Kirberg eingeliefert.

— * Röderwitz. Ehrenbürger. Die Ehrenbürgerschaft der Stadt Röderwitz ist auf Beschluss des Stadtrates und des Stadtverordnetenkollegiums Brauereibesitzer Johann Friedrich Schmidt und Kommerzienrat Ernst Büdiger verliehen worden. Der 65-jährige Ehrenbürger J. F. Schmidt war sechs Jahre lang Gemeinderatsmitglied und über 18 Jahre Gemeinderätesleiter; seit etwa Jahreszeit ist er Stadtverordnetenrätesleiter. Kommerzienrat Ernst Büdiger, der im 60. Lebensjahr steht, hat in 33-jähriger Arbeit seine Sächsische Filztuchfabrik zu einem großindustriellen Unternehmen entwickelt, das gegenwärtig noch durch einen neuen Fabrikneubau an der Straße von Röderwitz nach Bernesgrün erweitert wird.

— * Brixau. Der Pörtendorfer Mädchenschreiber. Wie die Blätter melden, ist es nunmehr der Polizei gelungen, das Fahrrad und die Altersausweise der vor drei Wochen auf dem Wege nach Oberhohndorf ermordet aufgefundenen Else Winterstein zu beschaffen. Die Geländedurchsuchung eines in der Nähe von Härtingendorf gelegenen Teiches, wo man die Gegenstände fand, erfolgte im Gegenwart des seit zwei Wochen in Haft befindlichen Legitimitäters Reinhold, der im Mordverdacht steht.

— * Liebenwerda. Die Wilderertragsfälle bei Liebenwerda. Zu der Blättermeldung, daß der vor vier Tagen im Rothsteiner Forst bei Liebenwerda erschossene Wilderer als der Rothsteiner Forstleiter Richard Drechsler aus Kirchhain identifiziert worden sei, verlautet now, daß Drechsler lediglich eine Gruppe von Gelegenheitsmäusen leitete. Nach den bisherigen Feststellungen scheint es sich nicht zu bekräftigen, daß Drechsler von dem Forstleiter erschossen wurde, nachdem er auf diesen das Gewehr angelegt habe.

— * Liebenwerda. Schwerer Autounfall. Ein völlig neuer von den Hochwerken in Bittau nach Berlin fahrender Kraftwagen raste gestern abend kurz vor Liebenwerda auf der vereisten Provinzialstraße gegen einen Baum. Der Wagen wurde vollständig zertrümmt, der Chauffeur erlitt sehr schwere Verleumdungen, der Insasse, ein technischer Beamter des Reichswehrministeriums, für das der Wagen bestimmt war, kam mit weniger schweren Verleumdungen davon.

— * Torgau. Gesternmorgens Wilderer. Nach sehr dramatischer Verfolgung durch Forstdame und Landjäger wurden gestern vier Wilderer, vier Männer, insgesamt acht Männer, in der Nähe der Oberhohndorfer Wüstung verhaftet. Die Wilderer, insgesamt acht Männer, waren, als sie sich entdeckt fühlten, geflohen und suchten in den ausgedehnten Waldungen bei Krämersburg zu entkommen. Nach Stundenlanger Jagd gelang es vier der Leute an der Bahnhofstraße Torgau-Krämersburg zu stellen. Die anderen vier entkamen.

— * Lauchhammer. Wie Leichtkunstfeier leicht mit dem Tode bezahlt werden kann, zeigt deutlich folgender Fall, der sich am Freitag abspielte. In der Nähe der Leichtkunstfeier Lauchhammer führten vier Anschlußläufe über die Straße, die nach Borsigwalde führt. Täglich kommt es vor, daß die Straße beim Slalomieren gesperrt ist. Am Freitag in der 19. Stunde hielt ebenfalls ein Slalomzug auf längere Zeit, so daß von beiden Richtungen die Passanten, meistens Arbeiter, die vom Dienst kamen, aufgehalten wurden. Da fahrt ein Arbeiter, dem das Warten zuviel wurde, den „Wul“, unter dem Sugo mit angekippter Motorhaube hindurchzufahren. Er war auf der andern Seite kaum in Sicherheit, als der Zug weiterfuhr; wenige Sekunden später, und er wäre das Opfer der rollenden Räder geworden.

— * Halle a. S. Unregelmäßigkeiten beim Kreisbaumfest. Gegen den Kreisbaumleiter Bickert ist von der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung eröffnet worden. Er selbst wurde keines Unrechts anhängig. Bickert soll außergewöhnliche Bauland in Höhe von 50000-60000 M. untergeschlagen und Bestechungsgelder angenommen haben.

— * Gera. Der Lohnstreit in der Weberei-Industrie. Die neue Lohnbewegung der Arbeiter im Verbandsbezirk der sächsisch-thüringischen Webereien befaßt die thüringischen Schlichter. Die Webereiverhandlung wurde vertragt, da der Schlichter die gezielte Widerrede eingehend prüfen will. Vor dem 20. Dezember ist keine Entscheidung zu erwarten.

Berufskleidung dauerhaft u. preiswert



Schlosserhosen und -Hosen: In Beinstück je 3.00 und 4.00, in Körper je 4.75, in Preis je 6.75 — Blaue Hosen mit Umlegekragen und Schrägschluß — Schwarze und gestreifte Englischleder-Hosen von 5.00 bis 13.75 — Zwirnhosen von 4.00 bis 9.75 — Schillerblusen und -Hemden — Latzhosen Original Hamburger Qualitäten Schillerschwitzer — Maurerhosen und -Socken — Mosberg'sche Maurer- und Zimmerer-Kleidung — Maiermästel Kittel und Jacken — Maierhosen und Mützen — Bäcker-, Konditor- und Fleischer-Kleidung in jeder Ausführung und Größe — Beruflinie — Braune Arbeitshemden

Franz Heinze Wettinerstraße 33 u. Hauptstraße 28 **Fernruf 346**

Höpfners Hotel, Riesa.

Sonnabend, den 17. Dezember, abends 8 Uhr Operettengespiel des Meißner Stadtheaters. Direktion F. Ch. Gablau.

Die erfolgreiche Operette „Der Zarewitsch!“

In der Originalausstattung des Meißner Stadtheaters.

Operette in 3 Akten von Bela Jenbach und Heinz Reichert. Musik von Franz Lehar.

Regie: Oberstilleiter Fritz Schäfer.

Musikalische Leitung: Kapellmeister Ludwig Bent.

Orchester: Stadtheaterorchester Meißen.

Gesetzte: Zigarrengeschäft Wittig, Wettinerstraße 8, Telefon 446.

Preise der Bilder:

- | | |
|---------------------|------------------|
| 1. Sperrf. 3.— RM. | 1. Bild 1.75 RM. |
| 2. Sperrf. 2.50 RM. | 2. Bild 1.25 RM. |
| Galerie 0.75 RM. | |

Die Mitglieder der Volksbühne erhalten Eintrittskarten im Vorverkauf zu einem Vorangestelltenpreis, der mit dem Vorstand der Volksbühne vereinbart worden ist.

Weihnachten der Heimatlosen! herzliche Bitte!

Wir gebeten auch den Mitmenschen, deren Helm die Landstraßen und einzige Anschauung die Herberge ist, eine Weihnachtsbelebung zu bereiten. Wir bitten nicht um Geld, sondern nur um entbehrlieche, abgelegte Männerkleidung, sowie Schuhe, Hemden, Socken. Das Abholen soortet. Ausbessernde und Waschen beforgen wir gern. Auch kleineres Gebäudewürde willkommen. Wer will mitheilen?

„Christlicher Frauendienst“ Riesa.

Fedl. zweckdachte Spenden abzugeben bei
Frau Elisabeth Sebke, Bahnhofstr. 16
Frau Clara Hoffmann, Hauptstr. 36
Frau Martha Lutz, Bahnhofstr. 11.

Statt Karten.

Für die uns anlässlich unserer Verlobung dargebrachten Auferksamkeiten danken, zu gleich im Namen der Eltern, herzlichst.

Riesa, Dezember 1927.

Ruth Reichenbach
Marie Klinger.

Hannah Hofmann :: Mar Springer
 danken allen herzlich für die ihnen anlässlich ihrer Verlobung erwiesenen Auferksamkeiten.
 Riesa, 14. Dezember 1927.

Am 12. Dezember 1927 verstarb unser liebes Mitglied, Herr

Telefonist

Arthur Züchner.

Wir verlieren mit dem Dahingeschiedenen einen Mann mit vornehmem edlen Charakter, der uns jederzeit ein lieber und treuer Mitarbeiter gewesen ist.

Wir werden des Toten jederzeit in Ehren gedenken.

Riesa, den 14. Dezember 1927.

Ortsgruppe Riesa
des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes.
Großmann, Vorsitzender.

Weihnachtsgaben

gut und billig

Bettwäsche, fertige Leibwäsche

Bett-, Tisch-, Hand-, Taschentücher

Schlürzen, Trifotagen

Wollene Strümpfen

Gehöft. Bettfedern 1/2. 3.90—8 RM.

Dauinen 1/2. 12, 13, 14 RM.

Gebur-Rissenfüllung 1/2. 2.50 RM.

Stoffdecken für Puppenwagen Stück 1.85 RM.

empfiehlt einer gültigen Bedeutung

Gebatt.-marken.

Martha Schwarz.

OMEGA

Uhr

in höchster Vollendung
ist unerreicht.

WILLI Schöpel

Pausitzer Straße 4.



Wiesenwahl in Spielwaren

Christbaumföhren.

Fritz Leuber
Christmarkt Riesa.

Metallbettstellen
Waschtische
Blumenkrippen

A. Kuntzsch

Riesa, Hauptstr. 60.

Gießformen
Gießlöffel
Farbenkasten

Max Müller

Niederlagstraße 3.

Modellschlitten

solide Werkstattarbeit
in allen Größen
in Eiche und Buche
empfiehlt außerordentlich billig

B. Spengler

Stell.
Breite (Wilhelm) Straße

Fernruf 693.



Hygien. Gummiwaren

sämtl. Artikel für Mutter und Kind

Krankenpflege-Artikel

Gummi-Unterlagen

finden Sie im Fachgeschäft
billigst in hoher Qualität

Gummi-Kuntze

Riesa — Wettinerstraße 20

Geben Sie schon Electrola gehört?
Wenn nicht, lassen Sie sich den Apparat unverbindlich vorführen.
Sie werden überzeugt sein.

ELECTROLA

Musikapparate und Platten

empfiehlt in großer Auswahl

B. Zeuner,

autorisierte Electrola-

Verkaufsstelle

Riesa, Gaustr. 73, Telefon 686.

Lebkuchen

Selbmann, Hauptstraße 82

R.-Gröba, Lauchhammerstr. 13.

Aller voran sind
Paul Thiele's neueste
Wäschemängeln

die bringen
höchste Einnahmen.
Haltbarkeit unverwüstlich
Günstige Zahlungen.

Paul Thiele

Chemnitz, Schloßstr. 6.

Eine neue
Querz-Biolin-Zither
verkauft billiger
Kurtlinger, Lager Zeithein

W. B. 1.

In den nächsten Tagen
trifft auf Bahnhof Geer-
hauen (Handelsbank) ein
Waggon

trockene Lieferne
Scheite

ein. Bestellungen sind bei
G. Schumann, Fahrtrad-
handlung, am Bahnhof,
abzugeben. Lieferung er-
folgt frei Haus.

F. R.

Donnerstag, b. 15. b. M.,

abends 10 Uhr

Monatsversammlung
bei Ritterbad Henn, Stadt
Hamburg.

Das Kommando.

Die heutige Nr. umfaßt
12 Seiten.

Nachruf.

Am 12. Dezember 1927 ist unser Telefonist

Herr Arthur Alfred Züchner

nach längerer schwerer Krankheit unerwartet verstorben.

Seit dem Jahre 1920 hat er mit Fleiß und mit
größter Gewissenhaftigkeit immer unverdrossen seinen
Dienst geleistet.

Wir bedauern den Verlust aufs tiefste. Die vor-
bildliche Treue des von uns Geschiedenen, sein guter
Charakter, sein jederzeit freundliches, bescheidenes Wesen
sichern ihm für alle Zeiten unser dankbares Gedenken.

Riesa, am 14. Dezember 1927.

Der Rat der Stadt Riesa.

Hans, Bürgermeister.

Der Endkampf um die Besoldung.

Entschlüsse zur Beratung des Besoldungsgesetzes im Reichstag.

Deutscher Reichstag.

vbg. Berlin, 12. Dezember, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Beratung des Besoldungsgesetzentwurfs.

Präsident Lüde macht aufmerksam auf die Mitteilung des Reichsfinanzministers, daß den Beamten die Ausschaltung vor Weihnachten nur dann gewährleistet werden kann, wenn die Reichstagsbeschlüsse zur Besoldungsreform spätestens bis zum Mittwoch abend vorliegen. Darum müßte die Beratung heute und morgen in längeren Sitzungen als sonst erledigt werden.

Abg. Lüde (Wirtsh., Bdg.) beantragt die Weiterberatung eines Antrages seiner Freunde, wonach die Erhöhung der Ministergehalter, die für die Abgeordneten-Diäten bestimmt sind, in diesem Falle nicht zu einer Erhöhung der Diäten führen soll.

Präsident Lüde erklärt dazu, alle Fraktionen seien sich darüber einig, daß der Besoldungsneuregelung automatisch eine Aenderung des Dienstes folgen müsse. Eine Verbündung mit dieser Aenderung sei aber nicht ausreichend.

Der Weiterberatung des Antrages der Wirtschaftlichen Vereinigung wird aus dem Hause widergesprochen.

Abg. Steinkopf (Soz.) erläutert den Bericht über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses. Danach haben die Beratungen 30 Sitzungen in Anspruch genommen, in denen 800 Anträge gestellt und darüber abgestimmt wurde.

Der Gedanke, für den Ausbau der neuen Besoldungsbildung grundsätzlich das bestehende Besoldungssystem von 1920 zugrunde zu legen, wurde abgelehnt. Aenderungen in dem in der Regierungsvorlage enthaltenen Gruppenaufbau sind nur insofern vorgenommen worden, als an die Stelle von pensionsfähigen Zugaben für große Gruppen von Beamten eine Besoldungsgruppe gesetzt wurde.

In der Besoldungsbildung wurden die Ministerialdirigenten als künftig wegfallend bezeichnet. Die Reichsgerichtsräte und Reichsminister sind um eine Gruppe gehoben worden und die Senatspräsidenten beim Reichsgericht erhielten eine pensionsfähige Zugabe von jährlich 1000 Mark. Dafür fallen bei diesen Beamten des Reichsgerichts die Ministerialzulagen fort.

Der von verschiedenen Seiten verübte Gedanke des Einbaus der Ministerialzulagen in das Gehalt wurde mit Rücksicht auf den in Aussicht genommenen Abbau der Reichsministerien fallen gelassen. Eine Erhöhung der Ministerialzulagen durch den kommenden Etat ist durch einstimmigen Beschluss des Ausschusses abgelehnt worden, allerdings hat die Regierung erklärt lassen, daß sie sich an dieser Erhöhung doch gesetzten sieht, wenn Preußen an der am 1. April 1927 erfolgten Prozentualen Erhöhung der preußischen Ministerialzulage festhält.

Obwohl die Besoldungsbildung im Reich und in Preußen in den wichtigsten Bestimmungen übereinkommen sollte, so haben sich doch verschiedene Unterschiede herausgestellt. Beim Wohnungsgeldzuschlag hat Preußen die Bestimmung, daß ledige Beamte nach Vollendung des 45. Lebensjahrs den vollen Wohnungsgeldzuschlag ihrer Besoldungsgruppe erhalten, nicht übernommen. Das Reich hat die Kinderzuschläge auf 20 Mark festgesetzt. Preußen hat die Kinderzulagen für die ersten beiden Kinder auf je 20 Mark, für das dritte und vierte Kind je 25 Mark und für jedes weitere Kind auf je 30 Mark festgesetzt. Während im Reich die Wartegeldempfänger vom 1. Oktober 1927 ab zu den neuen Besoldungsbildungen eingeklinkt werden sollen, will Preußen die für die Pensionäre vorgesehenen prozentuellen Zuschläge gewahren.

Als zweiter Berichterstatter des Haushaltsausschusses nimmt Abg. Dr. Onatz (Dn.) das Wort. Er weist auf die schwere Belastung der Reichsfinanzen durch die Reparationsverpflichtungen hin. Der Ausschuss habe sich eingehend mit der Finanzlage des Reichs beschäftigt und dabei auch geprüft, ob der Vorwurf einer verhinderten Wirtschaft im Innern berechtigt sei. Dabei sei festzustellen, daß diese angebliche innere Verschwendug mit der Reparationslast nichts zu tun habe, denn das Geld bleibe im Lande, auch wenn es falsch verwendet wird. Von keiner Seite könne auch der begründete Vorwurf einer Verschwendug zum Schaden der Reparationspflicht erhoben werden. Immerhin war der Ausschuss darin einig, daß im eigenen deutschen Interesse Sparmaße Wirtschaft notwendig sei, vor allem in der Verwaltung. Die Verwaltungsreform muß sich erfreuen auch auf die Reichsbetriebe.

In der

Aussprache

nimmt als erster Redner das Wort

Abg. Bender (Soz.). Er weist zunächst den Vorwurf zurück, daß sich die Fraktion für die Beamten zugunsten der Arbeiter eingesetzt habe. Den Vorwurf politischer Demagogie könne man mit viel mehr Recht gegen die Regierungsparteien erheben, denn sie hätten 1924 die Zugabe der Beamten zum Stimmenfang ausgenutzt, aber nachher im Gegensatz zu ihren Versprechungen das Besoldungsrecht vom Mai 1924 nicht wieder gutgemacht, sondern die sozialdemokratischen Aufbesserungsansätze abgelehnt. Drei Jahre lang hätten die Regierungsparteien die Beamten auf die Gehaltsverbesserung warten lassen, obwohl das Reich zeitweise im Solde schwamm und die Regierung den Autoindustriellen ein 700 Millionenengeschenk machte. Erst jetzt kurz vor den Neuwahlen können die Regierungsparteien mit der Besoldungsvorlage.

Der Redner geht dann auf die Gehälter der unteren Beamten ein, die auch nach der Besoldungsvorlage viel zu niedrig seien. Unter keinen Umständen dürfe man aber nach der Neuregelung die Wöhne der Reichs- und Staatsarbeiter auf dem bisherigen Stand lassen. Der Minister habe eine allgemeine Lohnerschöpfung abgelehnt, weil die geltende tarifliche Regelung noch bis zum 31. März läuft. Dabei wäre es ein leichtes, durch eine neue Vereinbarung dem Reichsstand der Reichsarbeiter zu erhalten. Die ungünstigen Gruppen-Zulagen seien keine Lösung der Frage.

Der Redner beantragt Ausschaltung der Reichsarbeiter, Wöhne und Auszahlung einer Beihilfe noch vor Weihnachten.

Abg. Bauerenz (Dn.) gibt für die Deutschnationale Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: Wir begreifen es, daß mit der Vorlage ein alles, der Beamtenstand gebotenes Verfahren eingeholt wird. Darin erblicken wir eine Staatsnotwendigkeit. Auf die den Ländern und Gemeinden aus der Neuordnung erwachsenden Verpflichtungen ist im vorläufigen Finanzausgleich Rücksicht genommen worden. Die großen auf dem Reichsruhenden Kosten machen es notwendig, in den Ausgaben äußerste Sparsamkeit zu üben und sie der Tragfähigkeit der Wirtschaft anzupassen. Trotz der dadurch gebotenen Zurückhaltung ist es uns gelungen, manche Verbesserungen über die Vorlage hinaus zu erreichen. Wir bedauern es, daß angesichts der ungünstigen

Finanzlage nicht durchaussehen war, daß die Pensionäre nach den gleichen Grundsätzen behandelt werden wie die im Dienst befindlichen Beamten. Um so schärfer befürworten wir jeden Versuch, im Wege der Besoldungsbildung wohlerworbene Beamtenrechte zu schwächen. Die sozialdemokratische Anregung einer Zwangsversicherung aller über 60 Jahre alten Beamten lehnen wir ab. In der Erklärung wird schließlich eine Zusammensetzung des Behördenaufbaus und in Verbindung mit der Verwaltungsreform eine durchgreifende Verfassungsreform gefordert.

Abg. Morath (Dp.) erklärt im Namen der Deutschen Volkspartei, daß die Besoldungsbildung eine Staatsnotwendigkeit sei, an der neben den Beamten auch alle übrigen Wirtschaftskreise ein großes Interesse hätten. Mit der Vorlage werde nachgeholt, was drei Jahre und länger verfaßt wurde. Die schlechte Finanzlage habe es leider nicht erlaubt, alle berechtigten Wöhne zu erfüllen; eine erforderliche Verbesserung sei jedoch der Erfolg der vorgesehenen individuellen Zugaben durch weitere Besoldungsgruppen.

Die Angriffe der Oppositionsparteien seien unverhältnismäßig angehoben der Tatsache, daß die Besoldungsbildung im engen Zusammenhang mit der der preußischen Regierung aufgestellt worden sei, für die Sozialdemokraten und Demokraten mit verantwortlich seien. Der vom Abg. Bender gegen die Regierungsparteien erhobene Vorwurf der Demagogie und Heuchelei lasse vollkommen auf die Angreifer zurück (Beifall rechts).

Auf lange Reden müßten die Regierungsparteien verzichten, weil ihnen daran liegt, den Beamten recht schnell die nötige Aufbesserung zu gewähren. Abg. Seppel (Soz.) erwidert dem Vorredner, die lebige

Eile der Regierungsparteien siehe nicht in Einklang mit der langen Verschleppung der Besoldungsbildung. Der angeblich soziale Geist der Vorlage werde dadurch gekennzeichnet, daß danach der Kapitän zur See monatlich 307,90 Mark mehr erhält, während der Schiffs- und Gepreisen monatlich 2-4 Mark abgezogen werden (Hört! Hört!). Der Zentrumsvorstand Siegerwald habe in seiner scharfen Kritik der Vorlage die schlechte Vorbereitung des Entwurfs gerügt.

Vielleicht liege das darin, daß der Entwurf in Marienbad entstand, wo viele natürliche Störungen vorkamen (Beifall).

Diese Besoldungsbildung sei ein Tanzergescheit für die Beamten, weniger in finanzieller, als in idealer Hinsicht, weil den unteren und mittleren Besoldungsgruppen damit die Aufstiegsmöglichkeit genommen werde.

Abg. Dietrich-Boden (Dem.) weist darauf hin, daß in manchen Parteien die Meinungen über die Besoldungsbildung geteilt seien. Die beiden Vertreter der Wirtschaftspartei hätten im Ausschuss ganz verschiedene Ansichten vertreten. Bei den Regierungsparteien habe sich der Mangel klarer Richtlinien und einer feinen Führung gezeigt. Schwerdeutlich sei es, daß auch die Beamten teilweise das Geschehen mitmachten, die Besoldungsbildung werde durch eine allgemeine Teuerung wieder weitgemacht werden.

Zu einer Preiserhöhung liege gar kein Anlaß vor, da die Besoldungsbildung nicht zu Steuererhöhungen führt. Die Preise in Deutschland seien abhängig von den Weltmarktpreisen, nicht aber von der Höhe der Beamtengehalter, die nur der vorausgegangene Erhöhung der Arbeitnehmer folgt.

Die Aufbesserung sei notwendig nicht nur im Interesse der Beamten, sondern auch des Staates selbst.

Abg. Torgler (Komm.) sieht das Ergebnis der langen

Verhandlungen über die Besoldungsbildung darin, daß nun die Beamten jede Hoffnung auf das Parlament verloren haben. Die Beamtenchaft werde erst später die bösen Folgen des vorliegenden reaktionären Besoldungsgesetzes führen.

Abg. Lüde (Wirtsh., Bdg.) erklärt, seine Freunde hätten durchaus Verständnis für die Notwendigkeit, die Beamtengehalter in angemessener Weise zu erhöhen. Es müsse aber dafür Sorge getragen werden, daß die dazu erforderlichen Mittel ohne neue heuerliche Belastungen beschafft werden können. Die Versicherung des Ministers, daß die lebige Besoldungsbildung sich ohne steuerliche Mehrbelastung durchführen lasse, sei unzureichend. Denn der Minister habe dabei nicht berücksichtigt, daß die gleiche Erhöhung auch für die Beamten der Länder und Gemeinden eintreten muss.

Die daraus entstehenden Mehrkosten müßten in erster Linie vom gewerblichen Mittelstand in Form erhöhter Steuerzuflüsse getragen werden. Die Wirtschaftlichen Vereinigung kann der Vorlage nur zustimmen, wenn ihre Anträge auf Einsparung bei den höheren Gehältern und beim Haushalt angenommen werden. In anderer Hinsicht schlagen wir vor, sich jetzt auf eine Erhöhung der bestehenden Gehälter in den Gruppen 1 bis 10 zu beziehen, die betrugen

10 in den Gruppen 1 bis 5 10 Prozent, in den Gruppen 5 bis 7 25 Prozent und in den Gruppen 7 bis 10 Prozent.

Inzwischen ist von den Regierungsparteien ein

Aenderungsantrag

eingegangen, wonach für die Dauer von zunächst fünf Jahren, beginnend mit dem 1. April 1928, von je drei freien und frei werdenbaren planmäßigen Beamtenstellen der Besoldungsbildung A eine Stelle wegfallen soll, falls die Gewächse durch eine Hilfsstrafe wahrgenommen werden können. Diese Bestimmung soll für Länder, Gemeinden und Organe des öffentlichen Rechts entsprechende Anwendung finden. Ausnahmen sollen nur mit Zustimmung des Reichsfinanzministers statthaft sein.

Abg. Allesotto (Btr.) gibt für die Zentrumspartei die Erklärung ab, daß sie einig sei in der Erkenntnis, daß eine Erhöhung der Beamtengehalter nicht länger aufschieben werden könne. Meinungsverschiedenheiten bestehen innerhalb der Fraktion nur über das Ausmaß und über die Voraussetzungen über die außen- und innenpolitischen Auswirkungen. Endgültiger Finanzausgleich und Verwaltungsreform stehen noch bevor. Breite Schichten der Arbeitnehmer leiden unter ungerechten Wöhnen und Gehältern. Diese Tatsachen haben dazu geführt, daß eine Minorität der Zentrumspartei Bedenkenträgt, der Besoldungsbildung zu stimmen. Die Mehrheit der Fraktion wird der Vorlage zustimmen unter der Voraussetzung, daß der Antrag auf Ausschaltung der Beamtenstellen angenommen wird.

Abg. Dr. Siegerwald (Btr.) erklärt als Vertreter der Fraktionsminorität, er sei nicht grundharter Gegner einer Besoldungsbildung, wolle ihr aber nur in Verbindung mit einer Verwaltungsreform zustimmen. Der Redner weist die Angriffe zurück, die von kommunistischer Seite wegen eines Briefes gegen ihn gerichtet worden sind. Dieser Brief sei ohne seine Zustimmung veröffentlicht worden und enthalte keineswegs eine Beschimpfung der abgeabten Beamten.

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) erkennt an, daß die Vorlage manche Verbesserungen bringe, sie enthalte aber viele Ungerechtigkeiten, die beseitigt werden müßten. Mit den hohen Ministerpensionen müßte aufgeräumt werden, vor allem mit dem Hinzu, daß pensionierte Minister neben ihrer Pension noch Abgeordnetendienste bezieben.

Abg. Dr. Beck (Btr.) bemängelt die in der Vorlage getroffene Gehaltsregelung beim Reichsgericht. Dem Reichsgerichtspräsidenten werde das Gehalt um 4 Prozent gefügt, während die Ministergehalter erhöht würden. Die Abgeordneten-Diäten dürfen nicht in dem gleichen Verhältnis wie die Ministergehalter erhöht werden. Der Redner weist sich gegen die Benachteiligung der Ruhestandsbeamten bei der Besoldungsbildung.

Abg. Groß (Btr.) wirkt der Wirtschaftspartei Demagogie vor. Im Plenum befürwortet die Besoldungsbildung, während ihr Vertreter im Ausschuss Anträge stellte, die 100 Millionen Mehrausgaben erforderten hätten. Die Gesamtvorlage des Ausschusses sei ein Werk, auf das die Beamten hören könnten. Abg. Schmidt-Schittin (Dn.) unterstreicht die Ausschüttungen des Vorredners über die Wirtschaftspartei und erklärt, die Beamtenchaft müsse darüber sein, daß die Vorlage noch vor Weihnachten aufzuführen gebracht werde.

Abg. Torgler (Komm.) verliest einen Brief des Abg. Dr. Siegerwald und erklärt, dieser habe die abgeabten Beamten als minderwertig bezeichnet. Für die höheren Beamten habe er sich dagegen warm eingestellt. Diese Demagogie des Zentrums müsse der Beamtenchaft klargemacht werden.

Abg. Lüde (Wirtsh., Bdg.) weist die Angriffe der Abg. Groß und Schmidt-Schittin zurück. Es sei nicht richtig, daß seine Anträge im Ausschuss eine Mehrausgabe von 100 Millionen erforderlich gemacht hätten. Die im Ausschuss von den Regierungsparteien genannten Zahlen seien falsch gewesen.

Von der Regierung wird demgegenüber erklärt, die genannten Zahlen über die finanzielle Wirkung der Lüde'schen Anträge beruhen auf genauer Berechnung und seien durchaus zutreffend.

Abg. Danck (Bav. Bp.) hält dem Abg. Lüde vor, er habe die Rechte des Abgeordneten dadurch gemäßigt, daß er im Ausschuss völlig unausführbare Anträge gestellt habe. In dem Streit mit den Regierungsparteien habe Abg. Lüde eine schwere Niederlage erlitten.

Abg. Lüde (Wirtsh., Bdg.) hält gegenüber den Vorrednern daran fest, daß seine Zahlen richtig seien, die der Regierung falsch seien.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelberatung bedauert Abg. Dr. Straßmann (Dn.) den Einbau der Frauenzulage ins Gehalt und die Regelung der Kinderzulage. Hier sollte die bessere preußische Regelung im bewölkerungspolitischen Interesse übernommen werden.

Abg. Rohmann (Soz.) begründet Aenderungsanträge der Sozialdemokraten ausnahmsweise der Verpflegungsabwärter.

Abg. Schuldt (Dem.) tritt für demokratische Aenderungsanträge zu den Bestimmungen über die Verpflegungsabwärter ein.

Noch weiterer Ausdruck werden die Aenderungsanträge der Oppositionsparteien ablehnen. Die Vorlage wird bis am 5. 1. 1928 in der Ausschusssitzung angenommen.

Um 19.30 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 10 Uhr verlängert. Auf der Tagesordnung stehen weiter die Anträge zur Erwerbslosenfürsorge für Arbeiter in ausländischen Unternehmungen und zur Kleinrentnerfürsorge.

Die Lohnsteuervorlage im Ausschuß.

Abg. Berlin. Der Steuerausschuß beschäftigte sich am Dienstag mit der Beratung des Besoldungsgesetzes betreffend Senkung der Lohnsteuer.

Abg. Dr. Ochs (Soz.) führt aus, nach dem Standpunkt seiner Partei müßte eine Entlastung durch den Abbau der Feste und Verbrauchssteuern eintreten, was aber durch deren Veränderung nicht möglich sei. Deshalb verfolge die Sozialdemokratie die Tendenz, eine Korrektur der dadurch steigenden Belastung durch Senkung der Lohnsteuer herbeizuführen. Die Preise für Lebensmittel seien stärker ansteigen, als sich das allgemeine Lebensniveau gehoben habe. Wenn auch durch Senkung der Lohnsteuer zunächst erhebliche Arbeiterschaften von der Steuerpflicht befreit würden, würden dafür wieder andere Arbeiter in die Steuerpflicht hineinwachsen. Nehmlich lösen die Verhältnisse bei den Angestellten.

Abg. Dr. Brünning (Arz.) entwidelt die Gründe, die zur Entstehung des Gesetzes über die Lohnsteuerbegrenzung geführt hätten. Wenn dieses Gesetz auf die Frist von zwei aufeinanderfolgenden Kalenderdienstjahren abgestellt worden sei, so habe dies seinen Sinn darin, daß angeblich der Unschärfe der Feinheit der Begründung der Vorlage vorhandenen Zahlen mit einer Überbreitung der festgelegten Summe schon im ersten Halbjahr gerechnet worden sei, was auch wirklich eingetreten wäre. Es sei fraglich, ob das Prinzip der jahrl. Vorlage mit der Senkung des Proportionalen der Steuer dem Sinne des Gesetzes entspreche. Die Lohnsteuer sei außerordentlich kompliziert geworden. Seine Fraktion behalte sich die endgültige Stellungnahme vor. Das Argument der Länderregierungen, daß durch eine Senkung der Lohnsteuer eine große Anzahl von Lohnsteuerpflichtigen wieder steuerfrei würde, trügt nicht zu. Durch die Lohnsteuerhöhungen des vergangenen Jahres würden im Gegenteil eine große Zahl von Lohnempfängern wieder in die Steuerpflicht hineinkommen. Außerordentlich bedeutsam sei, daß ein Teil der Länderregierungen bei der Erhöhung der Beamtengehälter durch die Ausschüttungen über die Reichssteuer hinausgegangen sei und nun ihre Mehrausgaben durch Rücksichtnahme der Lohnsteuer decken wollten. Dagegen müsse der schwächeren Einkommen eingeleget werden. Diese Länder hätten besser getan, sich zu überzeugen, was auch die geringe belasteten Arbeitern, besonders des Waldenburger Bergreviers, ein oder zwei Mal Gewinn erzielten.

Während die Lohnsteuerwerte sei, daß der Finanzminister darüber Aufklärung gebe, inwieweit er von den Finanzministern der Länder gedrängt wurde, 1920 Millionen statt 1200 Millionen in den Staat für 1928 einzutreiben. Der Reichsrat habe einen außerordentlich schwierigen haftrechtlichen Zustand geschaffen, er habe eine Vorlage der Regierung abgelehnt, die auf Grund eines bestehenden Gesetzes eingeführt wurde, ohne an diesem Gesetz etwas zu ändern oder eine Aufhebung zu verlangen.

In einem Unterausschuß müsse die Frage geprüft werden, wie es verhindert werden soll, daß die Erleichterung der ledigen Lohnsteuerpflichtigen mit hohem Einkommen erheblich größer sei, als die der übrigen Lohnsteuerpflichtigen.

Das Mittelmeerproblem.

Der leichten Tagung des Völkerbundes in Genf ist es gelungen, die akute Frage eines tief in die Interessen zahlreicher Völker Europas einfließenden Problems zwar nicht restlos zu beilegen, aber doch zumindesten so zu mildern, daß man sich jetzt mit einer etwas ärgerlichen Rückenfreizeit anderen Problemen zuwenden kann, die nicht minder gefährlich für den Frieden Europas sind. Der polnisch-litauische Konflikt war keine lokale Angelegenheit zwischen diesen beiden Staaten; es war eine internationale Frage, die daher auch nur durch internationale Bemühungen gelöst werden kann. Wenn sich jetzt langsam in Paris, London und Rom, schließlich auch in den Hauptstädten anderer Länder das Verfahren gestellt macht, das Mittelmeerproblem einer Lösung entgegenzubauen, so resultiert dieses Verfahren aus der Erkenntnis aller, daß diese Frage ebenfalls eine internationale Angelegenheit ist, die sehr schwer von den in Frage kommenden Nationen allein im Ordnung gebracht werden kann. Das Mittelmeerproblem wird durch die Italiener und im Augenblick unüberbrückbaren italienisch-französischen Beziehungen bedingt. Diese Beziehungen sind nicht äußerlicher Natur, sie greifen öfters, wie es bei dem Italo-polnischen Konflikt der Fall ist, tief in die machtpolitischen Interessen und zum Teil auch in Lebensfragen dieser beiden Völker ein. Die wiederholten Zusammenstöße an der italienisch-französischen Grenze, die wiederholten Rüben und nur sehr schwach verhüllten Tropobungen Mussolini's, die anti-fascistische Bewegung in Frankreich, die Dreskampagne Italiens und auch der Seine-Hauptstadt, dies alles waren und sind nur Symptome eines tiefen Gegenseitens, der keinesfalls mit den äußeren Erscheinungen verwechselt werden darf, die er zeitigt. Immerhin mußte die Häufigkeit und schließlich auch das Leidenschaftliche in diesen Symptomen die Weltöffentlichkeit davon überzeugen, daß etwas getan werden müsse, wenn man nicht über Nacht von einer Katastrophen überredet werden wollte. Im Verlauf der letzten Genfer Ratstagung sind vielleicht Versuche aufgetaucht, die von einer bevorstehenden Zusammenkunft Orlands mit Mussolini sprachen. Die Zwischenzeit hat gezeigt, daß diese Versuche zumindesten übertrieben waren, daß ernsthaft weder von französischer noch von italienischer Seite eine solche offizielle Ministerzusammenkunft ins Auge gefaßt war. Daher vermutlich von ausländischer Seite eine solche Ausprache für höchst dienlich angepriesen worden war, dürfte Tatsache sein. Wenn diese Zusammenkunft schließlich doch nicht stattfand, so ist dies nur ein Beweis dafür, daß weder die Regierung in Rom noch das französische Kabinett der Überzeugung waren, daß eine solche Unterhaltung der beiden Minister auch nur ein Geringes an den Schwierigkeiten der Mittelmeerraumfrage oder an den Gegebenheiten der beiden Länder hätte ändern können. Anschließend der Ziele, die Mussolini am Mittelmeer verfolgt, und angesichts des Interesses, das Frankreich an der Wahrung der augenblicklichen Lage an der nordafrikanischen Küste hat, und angesichts der Unnachgiebigkeit auf beiden Seiten wäre auch in der Tat eine solche Unterredung von vornherein zur Ergebnislosigkeit verurteilt gewesen. Wenn es daher ausfiel, so ist dies nur als ein Zeichen dafür zu werten, daß das Mittelmeerproblem nicht auf einen Antrieb gelöst werden kann, sondern nur durch eine eingehende Erörterung aller in dieses Gebiet fallenden Fragen, durch eine Erörterung, die Zeit braucht und schließlich auch eine Stimmung auf beiden Seiten, die heute noch nicht vorhanden zu sein scheint.

Die Tatsache, daß die Zusammenkunft Orlands mit Mussolini ins Wasser fiel, ändert somit nichts an der Lage. Sie bedeutet weder eine Verstärkung der Situation, noch irgend eine Aenderung zum Besseren. Immerhin, daß eine solche italienisch-französische Ausprache überhaupt in den Kreis der Erörterungen Genf gezogen wurde, ist schon ein Moment, das zumindest eine gewisse Entspannung der Nervosität der letzten Monate herbeiführt. Ist diese Erörterung doch ein Beweis dafür, daß dieses den europäischen Frieden so ernsthaft bedrohende Problem zumindesten in Bewegung kommt, und zwar in einer Bewegung, die eine Lösung auf friedlichem Wege herbeiführen will. Ein Blick auf die Drei Städte und Frankreich in den letzten Tagen zeigt auch tatsächlich, daß die bisher aggressive Stimmung in beiden Lagern eine wesentliche Veränderung erfahren hat. Man hat sich sowohl in Rom, als auch in Paris dazu bequemt, das ganze Problem mit entschieden ruhigeren Augen zu betrachten, die bestehenden Gegensätze herauszujustifizieren und zu verlören, die Möglichkeiten zu finden, die diese Gegenseite einander anpassen können. Die Meinung der Pariser Oeffentlichkeit geht dahin, daß es im Augenblick vertriebt wäre, das Problem selbst in Angriff zu nehmen, daß man sich zunächst bemühen müsse, die aufgepeitschten Temperaturen wieder in eine normale Lage zu bringen. In den offiziellen Kreisen Paris' glaubt man, daß der erste Schritt zu einer Wiederaufnahme der beiden Regierungen in dem Vertrag zu liegen habe, einen bindenden Schieds- und Rechtsangriffsvertrag zwischen den beiden Ländern abzuschließen. Das wäre ein Verabreden, ähnlich wie es im polnisch-litauischen Konflikt eingeht wurde, wo ebenfalls zunächst die Möglichkeiten einer kriegerischen Komplikation vereinbart wurden, und es den späteren Verhandlungen überlassen wurde, den Konflikt selbst zu bereinigen. Die italienische Oeffentlichkeit verbüßt sich im Augenblick all diesen Erörterungen gegenüber zurückhaltend. Immerhin ist festgestellt, daß die Leidenschaft der Diskussionen in der Presse merklich nachgelassen hat, was an und für sich schon ein Fortschritt ist. Diese Mäßigung der Sprache in den Zeitungen hindert aber nicht die Parteien, die Forderungen Italiens mit äußerster Hartlichkeit und einer scharfen Nüchternislosigkeit herauszuschälen. Da die Formulierung dieser Forderungen fächerlich nicht in den Redaktionstüchern vorgenommen wurde, so muß man sie auch als die offiziellen Forderungen der italienischen Regierung bewerten. Sie besagen, daß Frankreich Italien als diejenige Großmacht anzuerkennen müsse, die das größte Interesse auf dem Balkan und in der Adria habe, daß die Freiheit der Italiener in Tunis geregt werden müsse, daß Paris auf eine weitere Unterstützung der antitalianischen Politik in Jugoslawien verzichten müsse, wie ebenfalls auf die antisowjetische Propaganda in Frankreich. Das und zum Teil recht weitgehende Forderungen, die wenn sie von Paris akzeptiert würden, eine vollkommene Umstellung der französischen Politik am Mittelmeer bedeuten würde. Es ist daher wenig wahrscheinlich, daß sie als die Grundlage an der späteren Verhandlung der beiden Völker dienen werden.

Demokratischer Antrag zur Lohnsteuer.

W.D. Berlin. Zur Beratung der Lohnsteuerkommission des Reichstags hat die Demokratische Reichstagsfraktion beantragt, daß das Einkommensteuermimum von 1200 RM. jährlich auf 1440 RM. jährlich heraufgesetzt wird. Gleichzeitig soll unter Berücksichtigung an den in der Regierungsvorlage vorreichenden Familieneinsparungen der Lohnsteuerfuß von 10 auf 8 Prozent gesenkt werden. Für die verlangte Einkommensteuer empfiehlt der demokratische Antrag eine Neugestaltung des Einkommensteuertarifs unter dem Gesichtspunkt einer Entlastung der Einkommen bis zu 60.000 RM. unter gleichzeitiger erheblicher Aussonderung der bisherigen Progressionsstufen. Für Einkommensteile über 80.000 RM. soll die Steuer von 40 auf 35 Prozent ermäßigt werden.

Die Tagesordnung der Sänderkonferenz.

W. Berlin. Der Einladung, die der Reichskanzler an die Ministerpräsidenten der Sänder zur Badeausstellung aber die Verwaltungsreform gerichtet hat und die den Bändereverttern vorzuherrn angedacht ist, hat der Reichskanzler eine umfangreiche Erklärung beigelegt, die auf alle drei Punkte der Tagesordnung reicht.

Au Punkt 1 beläßt sich das Schreiben mit Erfassung rechtlichen Fragen der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden könnten. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 2, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden könnten. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 3, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden könnten. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 4, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden könnten. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 5, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden könnten. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 6, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden könnten. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 7, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden könnten. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 8, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden könnten. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 9, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 10, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 11, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 12, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 13, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 14, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 15, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 16, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 17, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 18, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 19, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 20, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 21, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 22, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 23, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 24, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 25, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 26, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 27, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 28, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 29, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 30, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 31, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 32, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang deutet der Reichskanzler eine finanzielle Schwierigkeit einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen kaum überwunden werden können. Außerdem soll die historische Eigenart im Rahmen der Badeausstellung gewahrt werden.

Zu Punkt 33, Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Kräfte der Zuständigkeits- und Auslandsbeteiligung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen der Länder unter sich wird h

Die Unruhen in China:

Hongkong. (Reuter.) Die Tore zwischen dem östlichen Teil von Kanton und dem Europäerviertel Schwaben sind geschlossen worden. Aus Kanton eingetretene Streitende berichten, daß die im Kanton auf der anderen Seite des Flusses Kanton gegenübersitzenden Truppen Tschongtau am gestern abend einen Angriff unternommen. Angenommen ist es, daß ihnen gelungen, den Fluß zu überqueren und sich an einem Punkt auf dem anderen Ufer festzuhauen. Bei den Kampfen sind neue Brände, namentlich im Hofstal, ausgetragen. Tschongtau befindet sich morgen die Chinesenstadt von Kanton. Man ist sehr besorgt wegen des Schicksals der dort wohnenden Europäer.

Hongkong. Eine drastische Meldung aus Kanton von gestern besagt: Die Ausländer räumen die äußeren Vorstele und ziehen sich nach Hongkong zurück. Die Kommunisten sind nach wie vor Herren der Stadt. Die Schießereien und die Feuerwerksfeste in der Stadt dauern an. Sicher ist es zu keinen fremdenfeindlichen Kundgebungen gekommen.

Hongkong. 55 Deutsche sind zusammen mit anderen Ausländern durch das englische Kanonenboot Moorhen aus Kanton, einer Vorstadt von Kanton, abgeholt und nach der Fremdenstadt Schwaben gebracht worden. Bis jetzt liegen keine Meldungen über Verletzungen von Ausländern vor.

Hongkong. Fast 40 Millionen, zum größten Teil Amerikaner und Deutsche, die aus dem Innern des Landes geflohen sind, trafen heute zu Schiff hier ein. Dasselbe Schiff landete mehrere Hundert chinesische Flüchtlinge aus Kanton.

Shanghai. Wie gemeldet wird, hat das Kriegsschiff der Vereinigten Staaten Sacramento im europäischen Viertel von Kanton Waffen geladen, die nach dem amerikanischen Konsulat geschafft wurden. Sie sind zum Schutz der dort untergebrachten Flüchtlinge bestimmt. Landungsabteilungen der amerikanischen Marine holen die Europäer aus der Chinesenstadt nach dem Fremdenviertel.

Kanton. (Reuter.) Eine ernste Meuterei soll in Largo Kou, im Norden der Provinz Kuangtung, ausgebrochen sein. Die Soldaten plünderten die Stadt und legten sie in Brand. Trotz zahlreicher Verhaftungen dauert die Tätigkeit der Kommunisten in der Gegend von Kanton an. Ein Bauer ist zusammengegangen worden. Die reichen Besitzer werden ermordet.

Hongkong. (Reuter.) Aus vertrauenswürdiger Quelle wird gemeldet, daß die Kommunisten in Kanton in einer im Namen des "Sovjets von Hongkong" erlassenen Bekanntmachung die Ausrottung der Grundbesitzer, die Vernichtung aller Eigentumsrechte und die Enteignung des gesamten Grundbesitzes anordneten. Man hofft, daß die Ordnung demnächst in Kanton wiederhergestellt werden wird.

Das britische Kanonenboot Moorhen wurde gestern von den Kommunisten in Kanton heftig beschossen, als es den britischen und amerikanischen Staatsangehörigen sowie 50 Deutschen zu Hilfe kam, die unverletzt in das europäische Viertel verbracht wurden.

Dr. Schnee zur Kriegsschuldfrage.

Blanken. Der Präsident des Arbeitsausschusses deutscher Verbände, Dr. Schnee, M. d. R., sprach gestern abend in der Gruppe zur Bekämpfung der Kriegsschuldfrage über das Thema: "Staatsmänner, Weltmeinung und Kriegsschuldfrage." Er legte in seinem durch reiches Material illustrierten Vortrag dar, daß die großen Zeitungen und sonstigen Veröffentlichungen in verschiedenen Ländern den Beweis geliefert hätten, daß das Deutschland im Versailler Vertrag aufgewogene Kriegsschuldbestimmungen der Wirklichkeit widerstreben. Dies werde unter den Gelehrten und Sachverständigen aller Länder, leider aber noch nicht von den Staatsmännern der früheren Alliierten erkannt. Die durch die Kriegspropaganda vergütete Weltmeinung habe Fortschritte zur Gewissheit gemacht, aber es bedürfe noch der fortgeschrittenen Aufklärungsarbeit und diese müsse über die Anhäufungen und Gewohnheiten der freien Nationen berücksichtigen.

Das neue braunschweigische Landtagspräsidium.

Braunschweig. Der neu gewählte braunschweigische Landtag trat gestern nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum Präsidenten wurde der Abg. Weizsäcker (Soz.) gewählt, zum Vizepräsidenten wurde Abg. Weiz (Dr. Voigt). Präsident Weizsäcker übernahm den Vorstand und verlas die Rücktrittserklärung des bisherigen Staatsministers. Nach Bildung der Ausschüsse wurde die nächste Sitzung auf morgen vormittag anberaumt mit der Tagesordnung: Wahl der neuen Regierung.

Lindberg nach Mexiko gestorben.

Washington. Lindberg ist gestern nachmittags 12 Uhr 29 nach Mexiko gestorben.

Washington. Der Start Lindbergs ging bei ungünstigem Wetter vor sich, jedoch war die Windrichtung für den Aufstieg günstig. Da das Flugfeld vom Regen durchweicht war, gelang es Lindbergh erst beim dritten Versuch, vom Boden hochzutreten. Lindbergh geriet, die 2000 Meilen lange Strecke nach Mexiko in etwa 26 Stunden zurückzulegen.

Große Ehrenzeichen für Lindbergh in Mexiko geplant.

Stadt Mexiko. Nach Eintreffen der Nachricht vom Start des Obersten Lindbergh hat Präsident Calles in einer Proklamation den 14. Dezember, wo Lindbergs Ankunft erwartet wird, für einen nationalen Feiertag erklärt und die Bevölkerung aufgefordert, dem Flieger als Ehrenamt der Nation zu huldigen. Der Präsident und das gesamte Kabinett werden morgen früh acht Uhr auf dem Zentralplatz sein.

Amtsgerichtspräsident Winter †.

Berlin. Der anstelle des am 1. Oktober in den Ruhestand getretenen Amtsgerichtspräsident Dr. Bieder zum Präsidenten des Amtsgerichts Mitte, des größten deutschen Gerichts, ernannte Amtsgerichtspräsident Winter ist gestern gestorben, bevor er sein neues Amt angegetreten hatte.

Niederlage der Kommunisten in Kanton.

Shanghai. (Reuter.) Meldungen aus Kanton zufolge scheinen die antirevolutionären Kräfte nach einem schweren Kampf, bei welchem 3000 Mann getötet oder verwundet worden seien, die Macht in der Stadt zurückerobern zu haben. Zur Unterstützung des Vordringens der antirevolutionären Truppen führen chinesische Kanonenboote auf und ab entlang dem Flusshafen und feuerten auf die kommunistischen Kräfte mit 12-Gardiner-Geschützen, während die Truppen selbst eine ummaingende Bewegung vollzogen und sich auf dem Besitz der ganzen Stadt mit Ausnahme des Gebäudes des Amtes zum Schutz des Friedens legten, wo die kommunistischen Führer und einige Russen noch am gestrigen Mittwoch überhand leisteten.

Vater und Sohn zum Tode verurteilt.

Berlin. (Funkspurk.) Vor dem Sonnenberger Gericht Neuruppin fand gestern der Prozeß gegen den Arbeiter Will Peetz aus Gubitsdorf wegen des Mordes an dem Arbeiter Sünder, und gegen Will Peetz' Nachbörte, die der Anstiftung beschuldigt werden, statt. Will Peetz batte am 1. Dezember 1926 im Walde bei Gubitsdorf den Arbeiter Sünder, der mit seiner Schwester verkehrte, und sich wiederholte an gemeinsamen Diebstählen der Familie Peetz beteiligt hatte, ermordet, weil Sünder mit der Ansicht der Diebstähle gehoben hatte. Das Gericht verurteilte Will Peetz und seinen Vater wegen gemeinsamen Mordes zum Tode, der Vater erhielt anderthalb wegen schwerer Körperverletzung 8 Monate Gefängnis. Die Tochter Peetz wurde wegen Verheimlichung eines geplanten Mordes und wegen schwerer Körperverletzung zu 2 Jahren 8 Monaten Gefängnis verurteilt und die Tochter wegen Verleumdung des Mordes zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis.



besondere Weihnachts-Angebote in unserem Blatte

erscheinen läßt, die diesen Wünschen entsprechen, so ist die Verbindung von Wunsch und Erfüllung leicht herzustellen. In der Zeit vor Weihnachten sollen deshalb alle Geschäftsführer in dem

Inseratenfeil unseres Blattes

viel anbieten, wenn sie viel verkaufen wollen!

7. Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe.

Berlin. (Funkspurk.) Die 7. Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe wurde heute vormittag unter Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Behörden im Hotel Kaiserhof mit etwa 600 Delegierten der einzelnen Ortsverbände eröffnet. Der Syndikus des Reichsverbandes erstattete den Tätigkeitsbericht. Dann sprach Geheimrat Prof. Dr. Thiel-Köln über "Bahlungsbilanz und Fremdenverkehr".

Drohender Bergarbeiterstreik in Schlesien.

Waldenburg. Die Arbeitnehmergewerkschaften des Bergbaus hatten den Arbeitgebern im November eine Forderung unterbreitet, die u. a. eine Erhöhung des Schichtlohns um 80 Pfennig verlangt. Gehörten taugen hier die Funktionäre der christlichen und der freien Gewerkschaften und lebten die Antwort der Arbeitgeber als völlig ungünstig ab. Sollten sie nicht bis 20. Dezember eine Antwort im Sinne ihrer Forderung erhalten, dann soll am 22. Dezember die Arbeit niedergelegt werden. Hundert 28000 Bergarbeiter würden dann in den Streik treten.

Der Siemens-Ring für Oskar von Miller.

Berlin. Von neuem wurden die Verdienste Oskar von Millers jetzt durch die Verleihung des Siemens-Ringes geehrt. Bei der Überreichung des Ringes feierte der Vorsitzende der seit 1916 bestehenden Siemens-Ring-Stiftung, Professor Dr. Voitzen, Oskar von Miller als den bahnbrechenden Pionier der deutschen Elektrotechnik und der deutschen Elektricitätswirtschaft (Walzwerk, Bayernwerk) sowie den Gründer des Deutschen Museums. Prof. Miller haben Professor von Linde, Dr. Freiherr Unger von Welsbach und Geheimrat Bosch diese Auszeichnung erhalten.

Die Wachtparade wieder Unter den Linden?

Wie die D.A.B. erfährt, sind augenblicklich Verhandlungen darüber im Gange, den Weg der Wachtparade wieder durch die Straße Unter den Linden zu führen. Der Plan wird erworben, um den Anblick der Wachtparade wieder einem größeren Publikum zugänglich zu machen. Die Truppe soll einen weiteren Weg markieren, um auch durch die Straßen der Innenstadt zu kommen. Bischof zog die Wachtparade von der Kaiserstraße in die Wilhelmstraße durch die weniger belebten Straßen am Tiergarten entlang nach dem Reichsverteidigungsministerium in der Bendlerstraße. Die endgültige Entscheidung über eine Aenderung des Weges liegt bei dem Chef der Heeresleitung, General Groves, der vor einer Woche von seiner Amerikareise zurückgekehrt ist. Er wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen zu der Frage Stellung nehmen. Bei Zustimmender Antwort dürfte die Aenderung bereits am 1. Januar in Kraft treten.

Lebte Funkspurk-Meldungen und Telegramme

vom 14. Dezember 1927.

Sämtliche Sonnenburger Ausbrecher wieder ergriffen. **Berlin.** (Funkspurk.) Die 5 Ausbrecher aus dem Sonnenburger Buchbau haben sich nur kurze Zeit der Freiheit erfreut. Nachdem es bereits am 12. Dezember acht waren, 2 der von den 5 Ausbrechern im Neubau bei Steppen festgenommen, sind jetzt auch die drei weiteren Ausbrecher in der Nähe von Steppen und bei Trossel aufgegriffen worden.

Vorläufiges Inkrafttreten

des Handelsvertrags mit Jugoslawien.

Berlin. (Funkspurk.) Nach Vereinbarung zwischen der deutschen und der jugoslawischen Regierung kommt der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag bereits am 20. d. M. in Kraft. Endgültig wird der Handelsvertrag nach dem demnächst zu erwartenden Austausch der Ratifizierung in Kraft treten.

Anklagererhebung gegen Studienrat Dr. Diez und Dr. Goldmann wegen gemeinschaftlichen Verübertretens

Berlin. (Funkspurk.) In der bekannten Angelegenheit gegen Dr. Diez und Dr. Goldmann ist heute den Vertheidigern die Anklage übermittelt worden. Sie lautet auf gemeinschaftlichen Verübertretung. Der Verhandlung dürfte voraussichtlich Ende Januar vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts stattfinden. Zur Bekanntmachung sind 20 Zeugen und militärische Sachverständige geladen.

Tödlicher Unfall.

Schwerin. (Funkspurk.) An einer Papierfabrik in Neu-Schwerin explodierte ein mit fiedeler Flüssigkeit und Lümpen gefüllter Kessel. Einem jugendlichen Arbeiter wurde durch den Druck der Brustkasten eingeschlagen, sodass er sofort tot war.

Mitglücker Fluchtversuch Schröder.

Brandenburg. (Funkspurk.) Der gestern wegen eines Eisenbahnunfalls zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Schröder unternahm heute vormittag einen Fluchtversuch. Er hatte sich nochmals vorführen lassen, um angeblich Revision einzulegen. Bloßlich nahm er in groben Sprüngen Reihen und lief, von der Menschenmenge verfolgt, auf die Straße. Einem Polizistwachtmeister gelang es, ihn festzunehmen.

Kapitän Allemand gestorben.

Marcelle. Der Kapitän des Dampfers "Formosa", Allemand, der an den Rettungsarbeiten beim Untergang des italienischen Dampfers "Principessa Maria" hervorragendem Anteil hatte und erst vor einigen Tagen nach Marcella zurückgekehrt war, ist gestern im Verlauf einer Gerichtsverhandlung wegen Erbangelegenheiten plötzlich einem Herzschlag erlegen.

Die amerikanische Freigabevorlage.

Washington. (Funkspurk.) Die Vorlage über Rückgabe des beschlagnahmten fremden Eigentums steht eine sofortige Rückerstattung aller aus deutschen Vermögenswerten erwähnten Einkünfte vor. Wie man annimmt, wird die Vorlage am 1. Januar 1928 in Kraft treten.

Allerhand Frostiges.

ou. Es ist eine gar eigenartliche Erscheinung, daß in den letzten Jahren wesentlich mehr Angehörige des starken Geschlechts an Erfältungserscheinungen zu leiden haben, als die Vertreterinnen des schwachen. Woher kommt dies?

Mit großer Wahrscheinlichkeit von der leichteren Kleidung unserer Damen, die der Luft wesentlich unbehindertes Eintreten zu der Haut gebietet und so die Hautfläche viel eindrücklicher trainiert läßt, als der dichte luftdurchlässige Anzug der Herren der Schäpfung.

Ich glaube auch, daß die viel geläufigeren dünnen Strümpfe den Damen keineswegs mehr Spannungen verursachen als die dicken, gestrichen, wollenen zu Großmutterseiten. Im Gegenteil — es hat den Anschein, daß gerade jetzt in der Periode der hauchfeinen Plastik und Seidenstrümpfe und der dünnen Halbschuhe die Frostbeulen an den zarten Füßen sich weniger bemerkbar machen, als in der früheren Zeit der dicken, breiten, hohen Schuhe und der warmen Strümpfe. Demgemäß ist ja auch das Sportfotum zur Wintersaison bestensfüßiger geworden, ohne daß die Zahl der Erfältungserscheinungen hierdurch gestiegen ist — im Gegenteil. Selbstverständlich werden schwächliche Personen, deren Blutumlauf nicht in der wünschenswerten Weise vor sich geht, gut daran tun, ihre dichtere schützende Winterkleidung beizubehalten, bis ihnen die Wiederkehr der wärmeren Jahreszeit eine geläufigere Abhärtung ermöglicht.

Aber auch abgekürzte Menschen werden einige einfache Maßnahmen zur Verhütung winterlicher Schäden befolgen müssen.

Vor allem ist jegliche Überbelastung des Blutstroms zu vermeiden; andererseits stets für Beuthaltung der Hinterläufe Sorge zu tragen. Man stellt am zweckmäßigsten auf die Sohlen der Hausschuhe, mit Wasser gefüllte Verdampfungsschalen, aus denen die entzogene Feuchtigkeit wieder erzeugt werden kann. Auch große Blattwärmeln vermögen die gleiche Arbeit zu leisten. Von Zeit zu Zeit sind die mit trockenen Staubdöschen bedeckten Heizkörper feucht zu halten. Morgens und abends ist natürlich die gründliche Wärmung des Zimmers zum Erfrisch der verbrauchten Luft unabdinglich notwendig, selbst wenn es draußen noch so kalt ist.

Von ganz besonderer Bedeutung, gerade in der kalten Jahreszeit, ist die Art der Wohnung. Die alte Wohnung fland zu. Räume auf, besteht auch heute noch voll und ganz zu Räume. Denn dazu wird uns ja die Räume, auf daß von ihr die eingetretene Luft vorgesorgt wird. Auch große Blattwärmeln vermögen die gleiche Arbeit zu leisten. Von Zeit zu Zeit sind die mit trockenen Staubdöschen bedeckten Heizkörper feucht zu halten. Morgens und abends ist natürlich die gründliche Wärmung des Zimmers zum Erfrisch der verbrauchten Luft unabdinglich notwendig, selbst wenn es draußen noch so kalt ist.

Von ganz besonderer Bedeutung, gerade in der kalten Jahreszeit, ist die Art der Wohnung. Die alte Wohnung fland zu. Räume auf, besteht auch heute noch voll und ganz zu Räume. Denn dazu wird uns ja die Räume, auf daß von ihr die eingetretene Luft vorgesorgt wird. Auch große Blattwärmeln vermögen die gleiche Arbeit zu leisten. Von Zeit zu Zeit sind die mit trockenen Staubdöschen bedeckten Heizkörper feucht zu halten. Morgens und abends ist natürlich die gründliche Wärmung des Zimmers zum Erfrisch der verbrauchten Luft unabdinglich notwendig, selbst wenn es draußen noch so kalt ist.

Und schließlich ist noch das häufige Händewaschen in Winter gedacht, das nicht selten die Wäsche für aufsprühende Hände abgibt. Natürlich ist das keine kluge Verhütung zur Unsauberkeit; aber man schränke immerhin zur kalten Jahreszeit das Händewaschen etwas ein und benutze nach Möglichkeit nur kaltes Wasser. Es muß besonders wenn man kurz nach dem Waschen ins Freie hinausgehen beachtet, daß gesorgt werden, daß die Hände sorgfältig abgetrocknet und die letzten Reste von Seife entfernt sind. Zweckmäßigweise reibt man nachher die Haut, der durch die Wäsche ihr Fett zum großen Teil entzogen worden ist, mit Glycerin oder fetthaltigen Cremes oder Salben ein.

Das Lebewissen gilt auch für die zahlreichen Selbstrasierer, denen man allerdings für ihre Wärme eher warmes oder gar heißes Wasser empfehlen wird.

Man sieht, auch durch einfache Maßnahmen lassen sich Schäden der Frostperiode recht gut vermeiden — man muß sie eben nur regelmäßig befolgen.

Gerichtsraum.

Die Tat im Striegener Prinzenzähnen vor dem Schwurgericht.

* Dresden. Am Dienstag vormittag 9.30 Uhr wurde die am Montag unterbrochene Verhandlung erneut aufgenommen und weitere Zeugen gehört. Unter diesen befand sich auch der Vater des Angeklagten, der Dresdner Koffer- und Federfabrikant Haniel, sowie eine Reihe von Zeugen über frühere Straftaten des Angeklagten. Nach der Mittagspause trat das Gericht in die Vernehmung des Sachverständigen ein. Als erster Sachverständiger äußerte sich der Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Oppo über die Verleugnungen des getöteten Kindes, der zweitgeborene dem tödlichen Stich in die Bauchhöhle erlegen sei. Der Stich ging

durch 4 Leibungsstücke und muß demnach mit gleicher Gewalt geführt worden sein. Unter den Gesichtszügen des Angeklagten sprach sich der Sachverständige dahingehend aus, daß Haniel durch erbliche Belastung gewinnt zu rechnen sei. Zur Zeit der Tat hat er unter Wirkung des Alkohols gestanden, die aber nicht unter dem Begriff des völligen Unzurechnungsfähigkeit anzusprechen sei. Um Haniel hieran sprachen sich die Sachverständigen Prof. Reiss von der Stadt, Heil- und Viezeamt, sowie Nervenarzt Dr. Haniel in ähnlichem Sinne über den Gesichtszug des Angeklagten aus. Staatsanwalt Dr. Süßner ging in seiner Ansagerede nochmals eingehend auf die Tat ein und forderte wegen Körperverletzung mit Todesfolge eine Strafe von 4 Jahren Gefängnis und wegen verbotenen Waffenbesitzes 8 Wochen Haft. Der Verteidiger Rechtsanwalt Giese plädierte in erster Linie auf Freispruch, falls das Gericht aber nicht von einer geistigen Unzurechnungsfähigkeit seines Mandanten überzeugt sei, auf eine möglichst milde Bestrafung.

Nach einer fast zweistündigen Beratung verkündete das Gericht in der 8. Abendstunde folgendes Urteil:

Der Angeklagte Wilhelm Martin Haniel wird wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis und wegen verbreiten Waffenbesitzes zu drei Wochen Haft verurteilt.

Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht.

* Leipzig. Gestern verhandelte der 4. Strafrennen des Reichsgerichts gegen den Befreiungsmann Otto Bottländer und den Schlosser Hermann Thoben, beide aus Hannover, letzterer 3. St. in der Strafanstalt Mühlberg. Beide haben sich wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Verschwörung nach § 7 und § 8 des Republikflügels, Sprengstoffverbrechen und anderer Straftaten zu verantworten. Weil der allein Verdrebene war, stand eine Anzahl Kommunisten vom früheren Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Richtungssachen verurteilt worden. Bottländer hatte sich damals seiner Strafe entzogen, indem er nach Südkorea geflüchtet war. Nach seiner Rückkehr von dort wurde er 1926 in Deutschland verhaftet. Die Angeklagten sollen in den Jahren 1923 und 1924 an der Herstellung von Sprengkörpern beteiligt gewesen sein und an mehreren Sprengstoffanschlägen auf Gebäude mitgewirkt haben. Am 21. Dezember 1923 war auch am Regierungsbau in Hannover ein Bombenattentat verübt worden, an dem die Angeklagten beteiligt gewesen sein sollen. Anwohne der außerordentlich starken Explosion waren damals mehrere Personen verletzt worden. Die Angeklagten sollen weiter an anderen Sprengstoffverbrechen und hochverrätschen Unternehmungen teilgenommen haben. Thoben ist wegen der Sprengstoffverbrechen bereits vom Schöffenrichter Hannover zu sechs Jahren drei Monaten Knasthaus verurteilt worden. Der Angeklagte Bottländer bestreitet, sich an den Sprengstoffanschlägen sowie an der Herstellung von Handgranaten beteiligt zu haben. Der Prozeß wird mehrere Tage dauern.

Schultreuzer Enden in Santos.

* Berlin. Schultreuzer Enden ist am 11. Dezember in Santos (Brasilien) eingetroffen. Der Schultreuer geht am 21. Dezember von dort nach Rio de Janeiro in See.

Turnen — Sport — Spiel — Wandern.

Sport-Verein „Sportlust 24“ e. V., Riesa.

Vollpolizeiverein.

Die am vergangenen Sonntag ausgetragenen Spiele brachten folgende Ergebnisse:

Sportlust 1. — Ritter 1. 4:0

Sportlust 2. — NSV. 4:2

Sportlust 1. Tab. 1. Tab. 8:1.

Nachdem Sportlust vom Spiel gegen Ritter 1. noch den zweiten Punkt erhalten hat, steht die erste Elf punktgleich mit NSV. 2. an der Spitze der Verbandsplattabellen. Beivoll waren also beide Punkte, die mit dem Siegle gegen Ritter am Sonntag gewonnen wurden. Der Sieg gelang aber keinesfalls so leicht und glatt, wie das Resultat besagt, denn Ritter wehrte sich mit allen Kräften. Doch klappete der Angriff von Sportlust in der neuen Ausstellung weit besser als erwartet. Die leichte Schneide behagte den Spielern scheinbar sehr. Bis zur Halbzeit erzielten sie bei der aufmerksamen Ritter'schen Verteidigung nur ein Tor, während ein zweites einwandfrei vom Schiedsrichter nicht gegeben wurde, wie auch in der zweiten Spielhälfte ein solches nicht galt. Dann diente die Vätertreihe der Gäste ab und weitere 3 Tore festigten den verdienten Sieg von Sportlust. — Der Schiedsrichter von Gröditz gab sich Mühe, beiden Parteien gerecht zu werden, was ihm auch bis auf einige Sachen annehmbar gelang.

Die 2. Sportlust-Mannschaft brachte das Kunststück fertig, sich infolge falscher Aufstellung von der 4. des ASV. schlagen zu lassen.

Helle Freude bereitete die 1. Jugend ihrem Verein im Spiel gegen die 1. Jugend von B.C. Harta. Nicht einmal vollständig gelang den Sportlustrütern über die Gäste ein überlegener Sieg von 8:1.

Rommende Spiele des ASV.

Spiele der 1. Mannschaft:

Am 18., 12., 27. läuft die 1. Elf nach Gröditz und erlebt das fällige Verbandsspiel. An diesem Spiele hat der ASV. viel Lust zu machen. Am Vorpiel gewann der ASV. nur 1:0, Tödten gewann auf einem Wink gegen Gröditz am Sonntag ebenfalls nur 3:2, also ASV. aufgepaßt!

Am 2. Weihnachtsfeiertag wartet der ASV. wieder einmal mit einem Internationalen Spiele auf. Tore in der Deutschen Böhmen-Amateurliga bestens bekannte Deutsche Sport-Club Turn-Teplice ist Guest des ASV. Wie dürfen also wieder einmal guten Sport erwarten, uns zeigte schon Gedanken, was man da unten für einen Fußball spielt — auch die Teplicer werden uns zeigen wollen, wie man Fußball spielt. —

Amtliches.

In das Güterrechtsgericht ist heute eingetragen worden, daß die Verwaltung und Ablieferung des Kaufmanns August Ludwig Ahrens in Riesa an dem Vermögen seiner Ehefrau Martha Emma Ahrens geb. Sohn in Riesa durch Ehevertrag vom 12. Dezember 1927 ausgeschlossen worden ist.

Amtsgericht Riesa, den 13. Dezember 1927.

Donnerstag, den 15. Dezember 1927, vor mittags 11 Uhr, sollen in Strehla mehrere 1000 Stück Vasen, Figuren und Uhrgesäfte, etliche 100 Stück Blumentöpfe, Rosetten und Rückengarnituren, passend für Tafel- und Steinguthandlungen und Werkstätten, verteilt werden. Viertelmeilung im Gutshof Lindenholz in Strehla. Riesa, am 14. Dezember 1927.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Die Stadtgemeinde Riesa beschließt, auf dem städteigenen Gasanlagengrundstück, Flurstück Nr. 74 des Flurbuchs für Riesa, eine Kleinkammer-Ofenanstalt zu errichten.

Indem wir dies bekannt geben, fordern wir auf Grund von § 17 der Reichsgewerbeordnung hiermit auf, etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf besonders privatrechtlichen Titeln beruhen, bei Vermeidung ihres Verlustes spätestens binnen 14 Tagen, vom Erreichen dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei dem unterzeichneten State anzubringen.

Riesa, am 13. Dezember 1927.
Der Rat der Stadt Riesa — Baupolizeiamt. — Ham.

Der Gewerbeverein

richtet hierdurch an alle Einwohner von Groß-Riesa und Umgebung die ebenso herzliche wie dringende Bitte, bei Weihnachtseinkäufen die Geschäfte im Orte zu bevorzugen. Unsere Stadt mit ihren großen modernen Läden, ihren erstklassigen Spezialgeschäften, ausgestattet mit reichen Warenlagern, bietet weit mehr als andere Städte gleicher Größe. Es soll niemand glauben, daß man in der Großstadt billiger kaufst. Wenn man hört, welche Fantasiepreise dort für Ladenmieten gezahlt werden, und die übrigen Speisen berücksichtigt, die in der Großstadt viel höher sind, so muß es einleuchten, daß das nur die Ware verteuert. Es gibt aber auch noch andere Vorteile beim Kauf am Orte, z. B. den Umtausch, kleine Ränderungen usw. In der Geschäftsräume unserer heimischen Geschäftsräume ist in letzter Zeit geradezu mit Eifer gearbeitet worden. Da rufen wir nochmals allen Einwohnern unserer Stadt und seiner Umgebung zu:

„Kaust am Orte!“

Vereinsnachrichten

Turnverein Riesa e. V. Spieler, Volksturner, Schwimmer und Fräulein wichtige Versammlung Donnerstag 8 Uhr Deutsches Haus, 1. V. Ritter. Am 2. Weihnachtsfeiertag 14 Uhr Jahreshauptversammlung. Unentsch. Geboten w. bestreit. Anträge sind schriftlich einzureichen.

Echt Dortmunder Kronenbler
im Fuß und in Flaschen empfohlen
Ich. Schwade, Exportierhaus Riesa.
Pariser 48.

Teppiche, Brücken, Tisch- und Divandecken, Herliche Muster, Villige Preise, Steiche Auswahl.
Arthur Bindig, Bismarckstraße 37.



Neues Lachsläger-Programm am Sonntag, den 18. Dezember im Hotel zum Stern.

„So hat Riesa noch nie gelacht“ (einmüttiges Urteil des Publikums v. 12. Dez.). Überzeugen Sie sich! Vorverkauf Big.-Sitz. Wittia, Bettinerstr.

Ein Riesenposten Sultaninen

Ist nochmals eingetroffen.

Sultaninas Goldgelb und groß „Sancy“ schwefelgebleicht Pl. 78 Plg.

Sultanias Extrissima Pl. 70 Plg.

Sultanias Kup-Auslese hochlein Pl. 90 Plg.

6% Rabatt in Marken.

Telef. 320. **Otto Schmidt, Roseplatz 9.**

Teppiche

Brücken, Läuferstoffe, Vorlagen, Tische, Schlafdecken, Tischdecken, Autodecken, Divandecken, Tischwachttüchdecken, Kleidedekken sind angenehme Weihnachtsgeschenke, welche im

Geschäftshaus Ernst Mittag, Bettinerstr. 20 in großer Auswahl sehr preiswert zu haben sind.

Mädchen

im Alter von 17—21 Jahren zum Anlernen in der Weberei für sofort gesucht. Wählbare Zimmer werden kostenlos zur Versorgung gestellt.

Mechanische Weberei Borsigwerke Borsigwerke 1. Riesa.

Sinds die Nerven nimm Phoskolat.

Zu kaufen in den Apotheken.

Kranke verzagen nicht!

Kommen Sie zu mir zur Untersuchung und bringen Sie auch noch eine blaue Ihres Morgenurins mit, welcher in meinem Laboratorium in Reihen chemisch und mikroskopisch untersucht wird.

Augendiagnose

sowohl dieselbe wissenschaftlich anerkannt ist.

Ich habe dabei seit 25 Jahren mit nachweislich sehr guten Erfolgen alle noch heilbaren Krankheiten mit Biochemie, Naturheilkunde und Homöopathie. Untersuchung steht am Freitag im Raum 1. Stock um 2 bis 4 Uhr abends und dann regelmäßig alle 14 Tage Freitag, auch wenn es nicht in der Zeitung steht.

Paul Bohn, Heilfunder.

Wesers Restaurant.

Donnerstag, 15. 12. — Schlachtfest.

Ab 10 Uhr Wellfleisch, später die

üblichen Schlachterichte.

Otto Wefer und Frau.

Zettleringe, Schotten

mit viel Wild u. Wild, 10 Stück nur 90 Plg. Zettleringer, weiß wie Butter, 1/2 Pl. 40 Plg. durchs Hartkäse 70. Stück-Riesa 1.30 Pl. empfiehlt

Nikolaus Gutmann

Haupstrasse 44.

Neue Oberbrucher Bänkfedern

wie selbige von der Gans kommen 2.65, in 3.00.

Blümfedern 4.25, 4.50.

geriffene 4.00, 4.50 u. 5.00.

biebigen 5.50, 6.00 u. 6.50

je Pl. Ernst Stewert,

Wuschewitzer, Post Kreis.

Trebbin (Oberbruch).

Morgen Donnerstag

Schwein-schlachten.

Große Nachr. Gr.-Vikt.-Str.

Bernstadt. Fräulein sucht Irl. Schlaifstelle

ob. einf. mögl. 3. Preis.

sof. a. miet. off. u. F 822

an das Tageblatt Riesa.

Suche mir meinen Sohn,

weicher Oberkörper die Schul-

verläßt, eine Stelle als

Malerlehrling.

Oskar Maria, Perle,

Ein Wurf Seifen

verlaßt Glashütte 2. 53.

Ein in jede gut. Lust. bef.

Puppenwagen zu verl.

Münchendorf, Müllerstr. 7. 1.

* Messing-Türschilder

Gravieranstalt

Metall- u. Emailleschilder

Gummi- u. Metallstempel

Versandabreihen

Vol. 127

Kaufhaus Riesa, Weißeritzstr. 8.

Heilpraxis

Paul A. Hönicke

Döbeln

Zwingenstraße 41 Ruf 50

Augendiagnose

Homöopathie

Kräuter-Kuren

Hochfrequenz

Sprechtag: Donnerstag,

Politische Tagesübersicht.

Parlamentarischer Abend beim Reichstagssprecher. Viele hatte gestern die Reichsregierung, die preußische Regierung, die Sparten der Schöpfer, Parlamentarier, Vertreter der Kunst, Wissenschaft, Literatur und der Presse zu einem parlamentarischen Abend in sein Heim im Präsidentenpalais geladen. Von der Reichsregierung waren die Minister Dr. Erhart, von Reußel, Schiele und Gessler, von der preußischen Regierung die Minister Dr. Beder, Dr. Huber-Althoff und Steiner der Einladung gefolgt. Die Länder waren durch ihre Bevollmächtigten zum Reichstag vertreten. Mit Ausnahme der Kommunisten waren die Führer aller Partien mit zahlreichen Mitgliedern erschienen. Unter den anwesenden Künstlern befand sich auch von Kiepura, der die Gäste durch wechselseitigen Vortrag von Arien und Liedern erfreute.

Aus der Diplomatie. Der finnische Gesandte Wulffjoki hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Regierungskreis Söhlberg die Geschäfte der Gesandtschaft. **Völkerversammlung der Deutschen.** Am 10. Dezember tritt die Völkerversammlung der Deutschen am Reichstag zusammen.

Um die Neuordnung der Bezüge der österreichischen Bundesbeamten. Am österreichischen Nationalrat wurde gestern die Regierungsvorlage über die Neuordnung der Bezüge der Bundesbeamten eingereicht und in einer Sitzung sofort dem Finanzausschuss und durch diesen einem Unterausschuss zugewiesen, der die Vorlage noch morgen voraussichtlich beraten wird. Am Donnerstag soll dann der Finanzausschuss selbst und am Freitag das Plenum des Nationalrates die Vorlage in zweiter und dritter Sitzung verabschieden, damit die Auszahlung noch vor Weihnachten möglich gemacht werden kann. Weiter hat die Regierung außer kleinen Vorlagen ein Gesetz eingereicht über Anlauf von Baugrund für die Villa des gewesenen katholischen Operndirektors Richard Strauss.

Wechsel in der Leitung des Reichsbanners Berlin. Wie die Sozialistische Zeitung meldet, hat Staatsminister a. D. Siegling sein Amt als Gouverneur des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Berlin-Brandenburg niedergelegt, da er durch seine Tätigkeit als Senator und als Abgeordneter stark überlastet ist. Sein Nachfolger ist der frühere mecklenburgische Ministerpräsident, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hans Stellin.

Verteidigungssatzung für das belgische Kabinett. Der Senat hat mit 88 gegen 53 Stimmen einen Antrag angenommen, in dem dem neuen Kabinett Jodvor das Vertrauen ausgesprochen wird.

Die französischen Radikalen gegen das Frauenwahlrecht. Die radikale Senatsfraktion wählte in ihrer gestrigen Sitzung eine Delegation, die den Justizrat erhielt, dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern und dem

Justizminister die Erklärung abzugeben, daß sie in ihrer großen Mehrheit sich gegen das Wahlrecht für die Frauen ausspielen.

"Friedenssonntag" in England. Die Internationale Friedensgesellschaft reist mit, daß der nächste Sonntag in England und anderen Ländern als "Friedenssonntag" begangen werden wird.

England erstattet Bericht über die Genfer Tagung. Im Ministerrat, der unter dem Vorstoss des Präsidenten der Republik Tschechoslowakei stattfand, hat Minister des Äußeren Brian über die Arbeiten auf der Tagung des Völkerbundsrates Bericht eröffnet und ein Exposé über die außenpolitische Lage genehmigt.

Parlamentarisches Jubiläum. Der Reichstagsjournalist Erich Kabelitz war am Dienstag 25 Jahre auf der Journalistentribüne des Reichstags tätig. Am 18. Dezember 1902 erschien er zum ersten Male im Reichstag, gerade während der großen Räumungs-Dauerrede des sozialdemokratischen Abg. Antlitz bei den Soldatenschäften. Der Verein der Parlamentsjournalisten hat unter Überzeichnung eines Blumenkrasus freundliche Glückwünsche übermittelt.

Wilmverbote im besetzten Gebiet. Die Internationalen Rheinlandkommission hat den amerikanischen Kriegsfilm "München" und den deutschen Kriegsfilm "Vom Zwischenfeld gebaut", zur Aufführung im besetzten Gebiet verboten.

Der Berechnungsvorschlag der mecklenburgischen Regierung zur Rückerstattung. In der heutigen Sitzung des Landtages brachte die Regierung einen Vorschlagsvorschlag ein, der sich mit der endgültigen Abbindung des mecklenburgischen Fürstenhauses beschäftigt. Als Abbindungssumme erwähnt der Staat dem Fürstenhaus vier Millionen. Von dieser Summe soll eine Million sofort bar bezahlt werden, die weiteren drei Millionen bis spätestens 31. März 1928, andernfalls tritt für den Schuldenbetrag eine entsprechende Verzinsung ein. Mit der Annahme dieses Vorschlags nimmt der Staat die Klage gegen das Fürstenhaus zurück.

Sabotierte Abrüstung.

Was soll man sagen, wenn Amerika, das Land Wilsons, das mutterliche Land der Abrüstungs-Idee, zur Zeit ein Marineprogramm fertigstellt, das, das sensationelle und weitgehende, das sich Amerika in den letzten 20 Jahren je leistete? Was soll man sagen, wenn noch vor nicht allzu langer Zeit Herr Coolidge die arischen Seemächte zu einer Abrüstungskonferenz zusammenrief und heute ein Abrüstungsprogramm der Öffentlichkeit überreicht, daß diese Abrüstungsforderung zu einer lächerlichen Farce macht? Man hat zu bedenken, daß das nunmehr von dem amerikanischen Präsidenten geführte neue Marineprogramm den Neubau von nicht weniger als 26 Kreuzern, von 3 Flugzeugmuttergeschiffen, von 5 U-Boot-Kreuzern, von 18 Großschiffen fordert, hierfür rund anderthalb Milliarden Dollar in Rechnung steht, von denen mindestens

zweihundert Millionen Dollar bereits für das nächste Haushaltsjahr bewilligt werden sollen. Auch der größte Abrüstungsidealiste wird nun zugeben müssen, daß die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika mit der Vorlegung dieses neuen Marineprogramms endgültig aus der Front derjenigen Völker verschwunden ist, die ehrlich und aufrichtig der Lösung der Abrüstungsfrage dienen wollen. Die Vorlage des neuen Marineförderungen ist auch in anderer Hinsicht von der größten politischen Bedeutung für die Weltkriege. Sie ist eine Antwort auf das Scheitern der letzten Abrüstungskonferenz der Seemächte. Sie ist eine Kundgebung Amerikas, die wissen lassen will, daß man in Washington nicht mehr auf einen Erfolg der Abrüstungshemmungen hofft, daß man daher entschlossen ist, aus dieser Erkenntnis die notwendigen Maßnahmen zu ziehen, und zwar Maßnahmen, die aus der Abrüstung eine Aufrüstung föderalistischen machen. Um die Bedeutung dieses neuen amerikanischen Marineprogramms richtig zu erkennen, ist es nötig, sich vor Augen zu halten, daß es große Kreise in Amerika gibt, die seit diesbezüglichen Abrüstungsprogramm nur als eine schwache Isolation ansehen und es daher bekämpfen wollen, da es ihnen nicht weit austraucht. Das Programm der amerikanischen Regierung ist fehlerfrei auf das Votum des Parlamentes angelegt.



Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft
Riesa, Schlossstrasse 1.

**Beim Gastwirt
Beim Kaufmann**

verlange man
ausdrücklich

Radeberger Pilsner

das erstklassige,
überall bevorzugte
Spezialbier.

war Agnes, zur Freude Kurts, wieder gang die alte geworden.

43. Kapitel.

Im Kreise Tempelbach-Bonneburg herrschte seit einigen Wochen hochgradige Erregung. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus standen vor der Tür. Früher wäre das für niemand in diesem abgelegenen Winde des lieben deutschen Vaterlandes ein Grund gewesen, sich sonderlich aufzuregen. In den kleinen Städten gab es zwar Anhänger der freisinnigen Partei, und auf dem Lande waren bürgerliche Bevölkerung in der Mitte der achtziger Jahre gegründeten Bauernbund beigetreten, doch die Freisinnigen und die Bündler waren bisher zu wenig zahlreich gewesen, um irgendeine Rolle spielen zu können. Sie begnügten sich, gelegentlich zu schimpfen, doch nicht allzu laut; denn in der Stadt ließen sie Gefahr, Rundschau einzubüßen, und auf dem Lande waren die Leute in vielen Dingen erst recht vom Großgrundbesitz abhängig. Das konservative Wahlkomitee — ein anderes gab es eben im Kreise nicht — stellte nach Besprechung mit den Vertrauensmännern einfach vor jeder Wahl den Kandidaten auf, der auch stets glatt gewählt wurde. Seit zwanzig Jahren vertrat nun schon Herr Fritz von Wittenhagen den Kreis, und er tat es mit der ihm angeborenen Würde. Er redete zwar nie im Abgeordnetenhaus zu Berlin, und das war vielleicht ganz gut, aber er nahm gewissenhaft an allen Sitzungen teil und stimmte genau so, wie die Führer der konservativen Partei es anordneten. Das war ja die Hauptsache. Die nötigen Wahlreden arbeitete ihm Justizrat Hörr nicht nur aus, sondern er hielt sie sogar meistenteils in seinem Namen unter dem Vorwand, daß ein halsleidender momentaner Herr von Wittenhagen, den langbewährten Parlamentarier, hinderte, viel und andauernd zu sprechen. Nur, wo es nicht zu umgehen war, sprach Wittenhagen selbst, nachdem er Hörrs Rede so gut wie möglich auswendig gelernt hatte. Und das politisch reife Volk hörte ihm andächtig zu. Bleib er einmal sitzen, nun, dann half ihm Herr Mag von Heuberg wieder den Faden finden, der das Manuskript Hörrs in den Händen, stets hinter dem Redner lag. Polemik und Debatten konnte man in den Wahlversammlungen im Kreise Tempelbach-Bonneburg bisher noch nicht. So war denn alles immer ruhig und ohne Schwierigkeiten gegangen.

Zur einzigsten Mal wagte Christian Stempel — der Sohn vom alten Schuhmachermeister Karl Stempel in Tempelbach — der einige Zeit in Berlin gearbeitet und dort sogar sozialdemokratische Versammlungen besucht hatte, Hörrs Rede durch einen Zwischenruf zu unterbrechen. Da war er aber schlecht angekommen. Der Justizrat donnernde ihn mit den Worten nieder, er sollte sich lieber um seine Arbeit kümmern, als hier verständige Menschen durch fiktive Bemerkungen belästigen. Die letztgelieferten Sticheln seien miserabel genug gearbeitet und viel zu eng gewesen. Das hätte er wohl auch in den Berliner Versammlungen gelernt! Ein Mensch aber, der zu enge Sticheln macht, hätte sicherlich einen Horizont, der nicht weit genug wäre, um in der Politik mitzureden. Der alte Stempel aber konnte nur mit Mühe zurückgehalten werden, den rebellischen Sohn, aus Furcht, seinen besten Kunden zu verlieren, vor allen Leuten nicht zu verprügeln. Sehr beschämend und verlegen war der Nebeldichter Christian dann fortgeschritten. Siebzehn Tage lang sprach man damals im ganzen Kreise über den unerhörten Vorfall. Erst als beim Kindbett des Bauern Jochen Stabenow die Klaue des Teufels ausbrach, staunte die Einrichtung ab, und ein neues Thema für die Unterhaltung der Stammgäste an den Bierstüben kam an die

Reihe. Der alte Stempel aber kam am Tage nach der denkwürdigen Versammlung zu Hörr, bat tauendmal für die Missat des Sohnes um Entschuldigung und fragte endlich, ob der Herr Justizrat mit dem Ho-ri-zont vielleicht die Leute gemeint hätte. Der Christian, dieser Esel, mühte sie unbedingt verwechselt haben, obgleich er ihm noch eigens einschärfe, ja die rechten zu nehmen, was auch gar nicht schwer wäre, da für den Herrn Justizrat die größte Nummer gerade passte. Und das sollte auch gewiß nie wieder vorkommen.

Neuerdings hatten sich aber vor der Wahl regelrechte Oppositionsparteien gebildet. In den Städten war es den Sozialdemokraten gelungen, in Arbeiterkreisen und beim Kleinhandwerk festen Fuß zu fassen. Auf dem Lande hielt eine große Anzahl Pächter und Bauerngutsbesitzer zum Bunde der Landarbeiter, zu dessen Gunsten ja der Bauernbund aufgelöst war. Auch der Freisinn begann sich zu regen, seine Anhänger zu sammeln und fest zusammenzuschließen.

Herr August Kahl, ehemaliger Lehrer und nun Bauernhofsbesitzer in Oberantin, hatte es verstanden, sich zur Seele der Bewegung auf dem Lande zu machen. Seine freisinnigen Ansichten hing er zunächst an den Nagel und wurde überzeugter Bündler. Vielleicht gelang es ihm auf diese Weise, wenigstens ins Abgeordnetenhaus zu kommen. Für ihn war die Hauptache, die Genüsse der Residenz gründlich kennen zu lernen. Deshalb häuerte er sich denn politisch auf das schnellste. Zeit und Geld bezahlt er ja überzeugt, sich ausschließlich der neuen Partei zu widmen. Von der wafflichen Landwirtschaft, die hohem der alte Großnachtmacht besorgte, der schon zur Zeit des ersten Mannes seiner Frau Bertrautensporren gewesen war, verstand er freilich gar nichts. Um so klüger redete er natürlich in allen landwirtschaftlichen Versammlungen. Da seine Gattin daheim im Geldkram auch ein ziemlich dicker Tasche Papier liegen hatte, war er der Geeignete, über die Not der Bandwirtschaft nunmehr zu klagen. Sowohl zeichneten sich seine Reden weniger durch Sachlichkeit als durch Pathos, weniger durch verständliches Sagogbau als durch Länge aus, da er aber stets im Brustton der Überzeugung sprach, genügte er den Anhängern einer großen Zahl seiner Zuhörer vollaus, besonders, da er nie heiser wurde und große Mengen Alkohol verzehrte. Mit diesen, für einen angehenden Parlamentarier unschätzbaren Eigenschaften ausgestattet, fuhr er schon seit Wochen im Kreise umher und war jeden Abend in dem Krug eines andern Bauerndorfes zu finden, wo er den Deuten mit einer von Sachverständis nicht getrübten Unerschorenheit klarzumachen versuchte, in ihrem eigenen Interesse wäre es nötig, daß er, August Kahl, siegreich aus der Wahl hervorgeingehe. Darum mühten sie ihre Wahlmänner verpflichtet, ihm die Stimmen zu geben. Er hatte es auch ver sucht, in den Ortschaften, die zum Großgrundbesitz gehörten, für sich Stimmen zu machen. Dabei war er aber weniger glücklich gewesen. Natürlich gab es auch dort Bauern und Rosstäter, die auf eigenem Grund und Boden sahen, doch man war in jenen Gemeinden zu sehr gewöhnt, der Parole zu folgen, die vom Herrn des Hauptgutes ausgegeben wurde. Im Kreise Tempelbach-Bonneburg herrschten meist noch etwas patriarchalische Verhältnisse. Grundherr und Hinterlass standen sich gut. Was der Patron wollte, tat die Gemeinde. Freilich, es gab auch Ausnahmen. In Oberantin herrschte ewig Bank und Streit. Die bürgerlichen Besitzer standen auf Seiten Kahls, und Heuberg war natürlich auf den "verfluchten Sozialdemokraten", wie er den ehemaligen Lehrer bestieß, sehr schlecht zu sprechen. Sein Sohn datierte auch nicht aus neuerster Zeit, sondern bestand bereits seit Jahren. Gleich nachdem Kahl die Witwe geheiratet hatte, kam es zu einem

Die letzten Barrs.

Roman von Albert Graf von Schlippenbach.
17. Fortsetzung

Sie merkte, in ihrer Erregung zu weit gegangen zu sein. „Verzeih!“ stammelte sie, „aber die Erbitterung, die mich seit der Reunions jenes Briefes beherrscht, riß mich hin. Gewiß, du meinst es gut mit mir, ganz besonders danke ich dir auch für den Zusatz, daß du mich durch meine Arbeit, durch die Verwaltung Schwarzhofs das Recht erwerben möchtest, noch hier zu wollen; wenn du aber in absehbarer Zeit das Gut selbst übernimmt, dann bitte ich dich, mich ziehen zu lassen.“

„Und Rosmarie?“ Mit der einfachen Frage, mit den beiden Worten traf Kurt das Richtige.

Agnes erlebte Rosmarie! Wie sollte sie es ertragen, sich von dem Kinde, das ihr ans Herz gewachsen war, zu trennen?

Kurt erriet den Kampf zwischen Stolz und Liebe zu seinem Töchterchen in ihrem Innern. Wieder griff er nach ihrer Hand.

„Hast du mir nicht versprochen, für mein verwaistes Kind zu sorgen, über es zu wachen? Kann dein Stolz der Mutterlosen nicht ein Opfer bringen?“

Sie versuchte zu sprechen; Tränen erstickten ihre Stimme.

„Agnes, wenn ich nun auf Ehre versichere, daß ich dir auch, nachdem ich dich näher kennen lernte, aus reiner verantwortlicher Zuneigung angeboten hätte, in Schwarzhof zu bleiben, auch wenn ich jenes Versehen nicht gab, würdest du mir dann glauben? Weinst du, ich würde meine Rosmarie, von der ich mich noch nie trennen, die so lange gelassen haben, nur weil du auffällig meine Cousine bist, nicht weil ich dich hochschätz und verehre, und ich gerade dich für geeignet halte, dem Kinde die eine zu erziehen, die eigentlich unerzählig ist — die Mutter?“ Kurt sprach mit warmem, überzeugendem Tone, der von Herzen kam und zu Herzen ging.

Sie schaute ihm prahlend in die Augen. Rein, jetzt sprach er die Wahrheit.

„Ganz gewiß, Better?“

„Auf Ehre und Gelöft?“

„Mit festem Druck umschlossen sich ihre Hände.

„Und du bleibst?“

„Gern!“

„Ich danke dir.“ Er zog ihre Hände an seine Lippen. Ihr Haß war gemacht. Um liebsten hätte Kurt sie noch in dieser Stunde gebeten, ihr Leben für immer mit dem seinen zu verknüpfen, sein geliebtes Weib und Rosmarie auch dem Namen nach eine zärtliche Mutter zu werden, doch er drängte gewaltig die Regung seines überwollenen Herzens zurück.

„Die Zeit war noch nicht gekommen, Agnes von Liebe zu sprechen. Erst mußte die Wunde ausheilen, die der Inhalt des Briefes ihr schlug, mußte jedes Wiedersehen verschwinden sein. Deshalb schwieg er vor seinen Eltern und Hoffnungen.

„Und nun wollen wir das von mir langersehnte und wochenlang schmerzlich vermischte Plauderstündchen halten,“ meinte er heiter.

„Wir haben gewiß beide viel zu erzählen und müssen doch unsere Erinnerungen während der Erinnerungszeit austauschen.“

Noch lange saßen Better und Cousine am Tisch zusammen, und je länger sie plauderten, um so mehr schwand ihre Besangenheit. Als sie sich endlich gute Nacht boten,

wiesen. Wenn es auch im amerikanischen Parlament viele Stimmen gibt, die diese Neu-Ausrichtung entschieden befürworten, so ist es doch angeblich der Mentalität und des Wehrheitsverhältnisses im amerikanischen Parlament anzusehen, daß Coolidge mit seinem neuen Programm durchkommen wird. Um die neuen Ausrichtungstendenzen zu kennzeichnen, die jetzt überall in den Militärstaaten sich Geltung zu verschaffen suchen, dafür dienen der Hinweis, daß die in dem neuen amerikanischen Programm geforderten Neubauten zahlenmäßig immer noch hinter den von der englischen Neoierung geforderten Neubauten zurückstehen. Also man sieht, die Ausrichtung bei allen großen Wahlen macht heute die besten Fortschritte. Wie man angeblich dieser Tatsache jetzt noch an einer Verwirklichung der vom Völkerbund auf dem Vapere geforderten Abrüstung denken kann, ist uns unerichtlich.

Bermischtes.

Polen befestigt seine Eisenbahnbrücken. Die mit grossem Kostenaufwand in Angriff genommene Befestigung der Thorner Weichselbrücke soll im nächsten Jahre zu Ende geführt werden; zu diesem Zwecke ist in den Städten für das Eisenbahnbauwesen eine besondere Summe eingestellt worden. Durch die Befestigung soll erreicht werden, daß rollende Material im größten Ausmaße verhindert werden. Durch die Befestigung soll erreicht werden, daß rollende Material im größten Ausmaße verhindert werden.

Raubmord in Brandenburg. Der 56-jährige Brauerbauer Julius Frendank wurde gestern morgen auf seinem Grundstück in der Blauerstraße, auf dem er als Junggeselle allein wohnte, tot aufgefunden. Es liegt zweifellos Raubmord vor, da verschiedene Wertgegenstände vermischt werden. Nach dem Befund hat ein Kampf zwischen dem Täter und dem Opfer stattgefunden. Nach ärztlicher Ansicht ist der Tod gegen Mitternacht eingetreten.

Drei Brüder wegen Raubmord verdächtigt. Aus Elberfeld wird gemeldet: Im Juni dieses Jahres wurde in der Nähe des Knappishäuschenbaus in Ruhendorf der Knappishäuschenbeamte Kueper von drei Unbekannten niedergeschossen, die ihm 20.000 Reichsmark Lohn Geld raubten. Die Täter flüchteten dann im Auto und entlaufen nach einer abenteuerlichen Flucht und Verfolgung unerkannt. Gestern morgen nahmen sechs Landjäger zwei Söhne des Metzgermeisters Holmann in Süden bei Dahlhausen wegen Verdachts der Tötlichkeit fest und ebenso in Köln einen dritten Sohn des Metzgermeisters, der in Köln studiert.

Der Demantistürmer Mörder hingerichtet. Der Dienstleichter Emil Ehrlinger, der am 8. April ds. Jrs. die 48-jährige Güterfrau Margarete Möhring auf bestialische Weise ermordete, hatte gegen das Urteil des Schwurgerichts Fürth, das ihn zum Tode verurteilte, Berufung eingelegt; die Berufung wurde jedoch verworfen. Ein hierauf eingerichtetes Gnadenegesetz wurde vom Justizministerium ebenfalls abgelehnt. Ehrlinger hat übrigens vor einigen Wochen versucht, aus dem Fürther Gefängnis auszubrechen, worauf er in das Nürnberg Gefängnis überführt wurde. Die Hinrichtung des Delinquents ist heute früh mittels Galgen erfolgt.

Zehn Tote bei einem Schiffsunfall zusammenstoss. Eine Motorbarca stieß auf dem Yangon-Fluß mit einer Dampfbarca zusammen. Die Motorbarca fand mit 17 chinesischen Passagieren, von denen nur sieben gerettet wurden.

Grenzstreit zwischen ihm und Heuberg, den letzterer nach langwierigem Prozeß verlor. Nun schikanierten sie sich gegenseitig bei jedem Anlaß. Da Kahl's Vächter der Oberfränkiner Bäuerleinjad war, die an die Oberfränkiner Forst grenzte, bot sich hierzu oft genug Gelegenheit. Heuberg konnte sicher sein, daß sein Wildsächer vom ersten Mal ab jeden Rehbock mit Schrot ihm wegzuwerfen versuchte, der auf sein Revier übertrat. Dafür rächte sich dann Heuberg im Winter. Sobald er hörte, Kahl beabsichtigte eine Treibjagd auf Hasen zu machen, ließ er Rübenchnügel nicht allzuweit der Grenze hinfahren, die die Hasen gierig annahmen. In der Nacht vor der Jagd lappete er heimlich die Grenze ab, um den Hasen morgens die Wechsel nach dem Felde zu versperren. Wenn Kahl dann schimpfend über die geringe Jagdbeute mit seinen Gästen feierte, soß Heuberg mit seinen Söhnen und einigen jähnlich benachrichtigten Freunden des Gegners Wild im Vorstehtreiben tot. Verirrte sich einmal ein Stück Vieh des Bauerndorfes von der Weide in die Oberfränkiner Forst, dann wurde es sicherlich gespändet, dafür verklagte dann Kahl den Nachbar, so oft es irgend möglich war, auf Wildschadensersatz. Wenn Kahl auf seiner Wassermühle mahlte, staute Heuberg gewiß plötzlich den Bach, ließ seine Bielen dreheln oder speiste seine Karpfenfische, dafür räumte Kahl im Frühjahr den Mühlgraben nicht zur rechten Zeit, so daß das Wasser die Oberfränkiner Saaten überflutete. Beides führte dann zu endlosen Streitereien und Prozessen.

So läuft Kahl nun auch seit Wochen für seine neue Partei und seine eigene Wahl war, er mußte einsehen, daß er ohne die Hilfe der städtischen Oppositionsparteien keine Aussicht hatte, den heihersehnten Sieg im Abgeordnetenhaus zu erobern. Deshalb setzte er sich mit den Führern der Freiheitlichen und Sozialdemokratien in Verbindung, die ebenfalls die Hoffnung nicht hegten konnten, einen eigenen Kandidaten durchzubringen. Seiner unermüdlichen Bemühungen gelang es endlich, sie zu überzeugen, es kame zunächst doch nur darauf an, die Wahl eines konservativen Junters zu verhindern, an seiner Stelle einen Mann aus dem Volk ins Abgeordnetenhaus zu schicken, der besser wußte, wo die kleinen Leute der Schuh drückte. Und da er seine Reden mit vielen ähnlichen, zwar törichten, aber nur allzu gern gehörten Wendungen würzte, war der Erfolg auf seiner Seite. Bei einer Zerstreuung der Stimmen, hielt er ihnen feiner vor, wäre eben nichts für die Opposition zu erreichen. Nur wenn sie sich einigten, könnte es gelingen, den Junter aus dem Sattel zu heben. Er selbst würde ja natürlich mit Freuden zugunsten eines andern Kandidaten zustimmen, denn er hätte nur das eine, große Ziel im Auge, und jeder Chrönig läge ihm fern, allein seine Partei sei augenblicklich doch nach der konservativen die stärkste im Kreise und verlangte mit größter Bestimmtheit seine Kandidatur. Lägen in fünf Jahren die Verhältnisse anders, würden die Freiheitlichen oder die Sozialdemokratien an Zahl seiner eigenen Partei überlegen sein, dann legte er natürlich sein schweres Amt, zu dem man ihn ja leider förmlich drängte, nieder und würde seinen ganzen Einfluß aufwenden, damit der neue Kandidat auch vom Bunde die Stimmen erhielte. Er redete dann noch viel davon, daß „Einigkeit macht“ man ein „Schutz- und Trutzbündnis bilden“, sich „in die Hände arbeiten“, „dem Feinde einmütig die Stirn bieten“, „den Handbüchern im gerechten Streit hinwerfen“, „sich gegen politische Vergewaltigung zur Wehr sehen“, „Protest erheben“, „dem Wagner die Suppe verjagen“ müsse und brachte so der

Drei Arbeiter bei einem Werkstausammenbruch getötet. Aus Amsterdam wird gemeldet: Gestern abend ist beim Bau einer Kanalbrücke auf dem Hochseewerk Utrecht ein 30 Meter hohes Gerüst eingestürzt, wobei drei auf dem Gerüst beschäftigte Arbeiter getötet wurden.

Unfall eines Autobusses und eines Privatautomobiles. Gestern nachmittag stieß in der Großen Straße in Berlin ein Autobus mit einem Privatautomobil zusammen. Der Privatwagen wurde durch den Aufprall gegen einen Gaslandelader gedrückt und überlegte sich. Sechs Personen erlitten Verletzungen, darunter der Führer des Autobus und der des Privatautos. Das Privatauto wurde vollständig zerkrümmt; auch der Autobus wurde erheblich beschädigt, konnte aber seine Fahrt später fortsetzen.

Explosionsschlag in Düsseldorf. In der chemischen Fabrik Helios ereignete sich gestern eine Explosion, durch die ein Arbeiter und sieben Arbeitnehmer getötet wurden. Die Explosion entstand in der Abteilung für Gummiherstellung, vermutlich durch unvorsichtiges Entzünden einer Röhre mit Pulver. Fünf Gummiarbeiter erstickten. Die ganze Abteilung lag in die Luft; die Hauptgebäude haben jedoch nur wenig gelitten.

Unfall des Schnellzugs D 1 in Westdeutsch-

land gingen gestern vormittag Gerüchte um, die von einem Eisenbahnunglüx willigen wollten. Dazu erfahren wir auf Anfrage von der Reichsbahn, daß der D 1, der auf der Strecke Köln-Berlin verkehrt, im Bahnhof Eisenstadt gestern vormittag 1/2 Uhr auf eine Lokomotive gefahren ist, ohne aber zu entgleisen. Ein Reisender des Lokomotiven konnte der D 1 seine Fahrt fortsetzen. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist eingeleitet.

Schrecklicher Unfall ereignete sich Montag abend gegen 1/2 Uhr auf der Eisenbahnstrecke Schreiberhau-Bandeburg. Als der nach Bandeburg fahrende Personenzug vor der Biegung auf offener Strecke stand, stieg die Tochter des Bierverlegers Bohl aus Bierdorf in den Weinberg, der Bus sei schon in den Bandeburger Bahnhof eingefahren, aus dem Zug. Im gleichen Augenblick leiste sich der Zug wieder in Bewegung, und die Bohl kam zu Fall. Im nächsten Augenblick kam ein Personenzug aus entgegengesetzter Richtung und überfuhr das junge Mädchen, das auf der Stelle getötet worden ist.

Im Rhein ertrunken. Aus Ludwigshafen wird gemeldet: Als zwei Schiffsübertreiber sich auf ihr Schiff begeben wollten, glitt die 15-jährige Margarete Wahl auf dem Gangbord aus und stürzte in den Rhein, wobei sie die 20 Jahre alte Maria Bonifacius mit sich zog. Auf die Hülle der Mädchen sprang der 60-jährige Vater des jüngeren Mädchens ins Wasser und konnte seine Tochter glücklich am Band bringen. Das ältere Mädchen ertrank.

Eine verdeckte Passagier. Aus Darmstadt wird gemeldet: Ein Bierläufer aus Michelstadt i. D. wurde auf der Heimfahrt von einer Frauenabteilung mit einem Korb im Arm gebeten, sie auf dem Wagen mitfahren zu lassen. Nach einiger Zeit schwitzte der Fahrer Verdacht, daß es sich um einen verkleideten Mann handele. Er warf seine Weste vom Wagen herunter und bat die Person, die Weste aufzuhören. Als sie abgestiegen war, fuhr er schnell davon. Der Korb war auf dem Wagen geblieben; er enthielt, wie später festgestellt wurde, zwei geladene Revolver.

Vorzeitiges Sprengstoffverbrechen in einer Kirche. Eine große Kerze, die zu Ehren der Heiligen Jungfrau in einer Kirche in Guadeloupe gesteckt war, war, wie sich kurz vor dem Anzünden herausstellte, mit einem starken Sprengstoff gefüllt. Die in der Kirche anwesenden Andächtigen wurden durch die Entdeckung vor schwerem Schaden bewahrt.

Ein holländischer Kutter samt Besatzung verloren. Der Scheveninger Schiffskutter Sch. 190' der Reederei Berckh Jan, von dem bereits seit einiger Zeit befürchtet wurde, daß er während eines großen Sturmes Ende November an der englischen Küste untergegangen sei, wird jetzt samt seiner aus 13 Mann bestehenden Besatzung als endgültig verloren betrachtet. Da es sich bei Sch. 190' bereits um den zweiten seit Ende November vermissten Schiffskutter handelt, haben innerhalb kurzer Zeit 20 Seeleute aus dem Fischerdorf Scheveningen den Tod in den Wellen der Nordsee gefunden.

Über 100 Schweine verbrannt. In einem Anwesen in Wisskirchen brach ein Brand aus, der das Wohnhaus und die Wirtschaftsgebäude bis auf die Grundmauern einscherte. Über 100 Schweine sind in den Flammen umgekommen. Auch der gesamte Hauborat ist verbrannt.

Schulz und Koch aus Unterrankin, Richter und Fröhlich aus Oberrankin und die Brüder Hans und Wilhelm Autenbaum aus Schwarzhof.

Kurt Barr schied nach dem Gesetz für diesmal als Wähler aus, da er noch nicht sechs Monate einen Wohnsitz in der Heimat hatte. Da Fröhling ganz im Schlepptau Kahl's sich befand, so war letzterer völlig sicher, Wahlmann der ersten Klasse zu werden, wenn er seine Stimme sich selbst gab. Für die zweite Klasse hatte er den Bauern Weiß bestimmt. Da nur die Brüder Autenbaum nicht dem Bund angehörten, sondern streng konservativ waren, bestand für Weißes Wahl kein Zweifel. Nur die dritte Klasse war für Kahl Paradies so gut wie verloren. Die Leute aus Oberrankin und Schwarzhof stimmten unbedingt, wie ihre Herren es wünschten.

Als Wahllokal diente immer die Schwarzhofe Wirtschaftsstube, da Schwarzhof, von Ober- und Unterrankin gleich weit entfernt, für die Wähler am bequemsten zu erreichen war.

Zwei Tage nach Kurts Eintritt in die Heimat sollte die Wahl stattfinden. Als ihm Franz am ersten Morgen die Post überbrachte, fand er unter den Eingängen auch einen Brief des Oberrankiner Majoratscherrn. Woher der Nachbar seine Rückkehr wußte, war ihm freilich unklar. Er hatte den Tag seiner Ankunft ja selbst erst im letzten Moment bestimmen können. Jürgen Julian mochte da wohl mitgespielt.

Zündung gab Heuberg in überschwänglichen Worten der Freude Ausdruck, den teuren, lieben Freund, nach dem sich alle, ganz besonders aber seine Familie schon sehnten, nun endlich wieder zu wissen. Daran knüpfte er die Hoffnung, „nun am Wahltage persönlich begrüßt zu können. Endlich sprach er die Bitte aus, Kurt möchte seinen Leuten nachdrücklich einschärfen, ihn, Heuberg, in der dritten Klasse als Wahlmann zu wählen. Vieelleicht würde es sich auch empfehlen, die Bauern, Brüder Autenbaum, zu bestimmen, dem Förster Krämer im Schwarzhof ihre Stimmen zu geben. Das Schreiben schloß mit vielen honigüßlichen Worten und ergebenen Empfehlungen an das hochverehrte Fräulein Agnes von Barr.

Kurt war sehr verstimmt über den Brief. Zunächst ärgerten ihn die Schmeicheleien und Freundeswissbelehrungen eines Mannes, der ihm so unverschämt, von dessen Unaufrichtigkeit er überzeugt war. Dann aber sah er keinen Ausweg, ein persönliches Begegnen mit ihm zu vermeiden. Wenn er nicht die einfachste Pflicht der Höflichkeit gegen den Nachbarn verletzen wollte, mußte er ihn nach der Wahl zum Frühstück einladen. Schon wegen Agnes, die jedes Zusammentreffen mit Heuberg vermeidet, war es ihm höchst peinlich. Die Oberrankiner Herrschaften hatten es gar zu deutlich gezeigt, daß der Grund ihrer vielfachen Versuche, sich heranzudrängen, nur die jagdhafte Mützigkeit ihrer Cousine war.

Als Agnes bald darauf unten ins Wohnzimmer trat, sah sie logisch die mißmutige Miene des Bettlers auf.

„Hast du schlechte Nachrichten erhalten?“ fragte sie besorgt.

Nicht gerade schlechte, aber eine unangenehme. Heuberg kommt morgen als Wahlvorsteher hierher. Er schreibt mir einen von Liebenswürdigkeit überliegenden Brief. Es bleibt mir gar nichts anderes übrig, als ihn zu bitten, mit uns das Frühstück einzunehmen. Auch die wird eine Begegnung mit dem unausstehlichen Menschen nicht verhindern.

Wortspiel.

Jeder Tag ein Sonntag!

In der Zeit vor dem Weihnachtsfest ist in Bayreuth die Insertenwelt jedes Tag ein Sonntag. Unsere Leser und Leserinnen haben täglich Lust zu machen und studieren daher auch täglich den Insertentitel unseres Blattes, um zu sehen, was die Geschäftswelt anzubieten hat. Es liegt deshalb im Interesse eines jeden Geschäftsmannes, nicht nur in der Sonntagsnummer, sondern

in jeder Nummer

mit einem Interat vertreten zu sein, wenn er alle Kunden und diese jedem Tag in sein Geschäftszettel ziehen will. Bei der Vielseitigkeit des Angebots in der Weihnachtszeit kann sich nur derjenige Gelingen verschaffen, der nämlich mit seinen Inserten um die Gunst des großen Publikums wird.

Eine ständige Insertion bringt ein gutes Weihnachtsgeschäft

Schulz und Koch aus Unterrankin, Richter und Fröhlich aus Oberrankin und die Brüder Hans und Wilhelm Autenbaum aus Schwarzhof.

Kurt Barr schied nach dem Gesetz für diesmal als Wähler aus, da er noch nicht sechs Monate einen Wohnsitz in der Heimat hatte. Da Fröhling ganz im Schlepptau Kahl's sich befand, so war letzterer völlig sicher, Wahlmann der ersten Klasse zu werden, wenn er seine Stimme sich selbst gab. Für die zweite Klasse hatte er den Bauern Weiß bestimmt. Da nur die Brüder Autenbaum nicht dem Bund angehörten, sondern streng konservativ waren, bestand für Weißes Wahl kein Zweifel. Nur die dritte Klasse war für Kahl Paradies so gut wie verloren. Die Leute aus Oberrankin und Schwarzhof stimmten unbedingt, wie ihre Herren es wünschten.

Als Wahllokal diente immer die Schwarzhofe Wirtschaftsstube, da Schwarzhof, von Ober- und Unterrankin gleich weit entfernt, für die Wähler am bequemsten zu erreichen war.

Zwei Tage nach Kurts Eintritt in die Heimat sollte die Wahl stattfinden. Als ihm Franz am ersten Morgen die Post überbrachte, fand er unter den Eingängen auch einen Brief des Oberrankiner Majoratscherrn. Woher der Nachbar seine Rückkehr wußte, war ihm freilich unklar. Er hatte den Tag seiner Ankunft ja selbst erst im letzten Moment bestimmen können. Jürgen Julian mochte da wohl mitgespielt.

Zündung gab Heuberg in überschwänglichen Worten der Freude Ausdruck, den teuren, lieben Freund, nach dem sich alle, ganz besonders aber seine Familie schon sehnten, nun endlich wieder zu wissen. Daran knüpfte er die Hoffnung, „nun am Wahltage persönlich begrüßt zu können. Endlich sprach er die Bitte aus, Kurt möchte seinen Leuten nachdrücklich einschärfen, ihn, Heuberg, in der dritten Klasse als Wahlmann zu wählen. Vieelleicht würde es sich auch empfehlen, die Bauern, Brüder Autenbaum, zu bestimmen, dem Förster Krämer im Schwarzhof ihre Stimmen zu geben. Das Schreiben schloß mit vielen honigüßlichen Worten und ergebenen Empfehlungen an das hochverehrte Fräulein Agnes von Barr.

Kurt war sehr verstimmt über den Brief. Zunächst ärgerten ihn die Schmeicheleien und Freundeswissbelehrungen eines Mannes, der ihm so unverschämt, von dessen Unaufrichtigkeit er überzeugt war. Dann aber sah er keinen Ausweg, ein persönliches Begegnen mit ihm zu vermeiden. Wenn er nicht die einfachste Pflicht der Höflichkeit gegen den Nachbarn verletzen wollte, mußte er ihn nach der Wahl zum Frühstück einladen. Schon wegen Agnes, die jedes Zusammentreffen mit Heuberg vermeidet, war es ihm höchst peinlich. Die Oberrankiner Herrschaften hatten es gar zu deutlich gezeigt, daß der Grund ihrer vielfachen Versuche, sich heranzudrängen, nur die jagdhafte Mützigkeit ihrer Cousine war.

Als Agnes bald darauf unten ins Wohnzimmer trat, sah sie logisch die mißmutige Miene des Bettlers auf.

„Hast du schlechte Nachrichten erhalten?“ fragte sie besorgt.

Nicht gerade schlechte, aber eine unangenehme. Heuberg kommt morgen als Wahlvorsteher hierher. Er schreibt mir einen von Liebenswürdigkeit überliegenden Brief. Es bleibt mir gar nichts anderes übrig, als ihn zu bitten, mit uns das Frühstück einzunehmen. Auch die wird eine Begegnung mit dem unausstehlichen Menschen nicht verhindern.

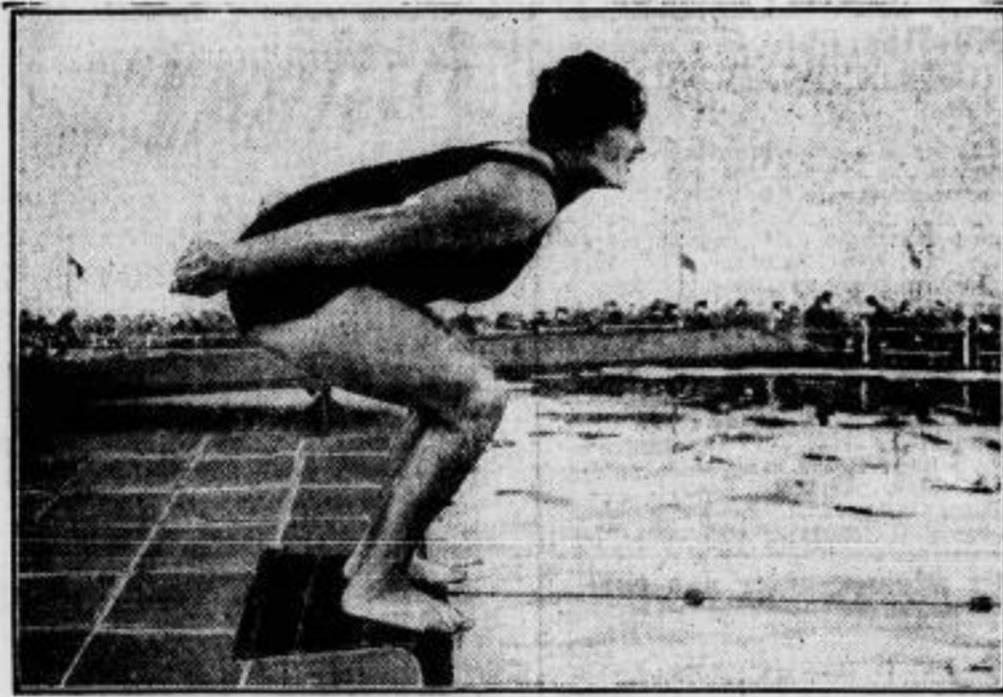
Wortspiel.

In der zweiten Klasse stimmten die Großbauern Weiß,



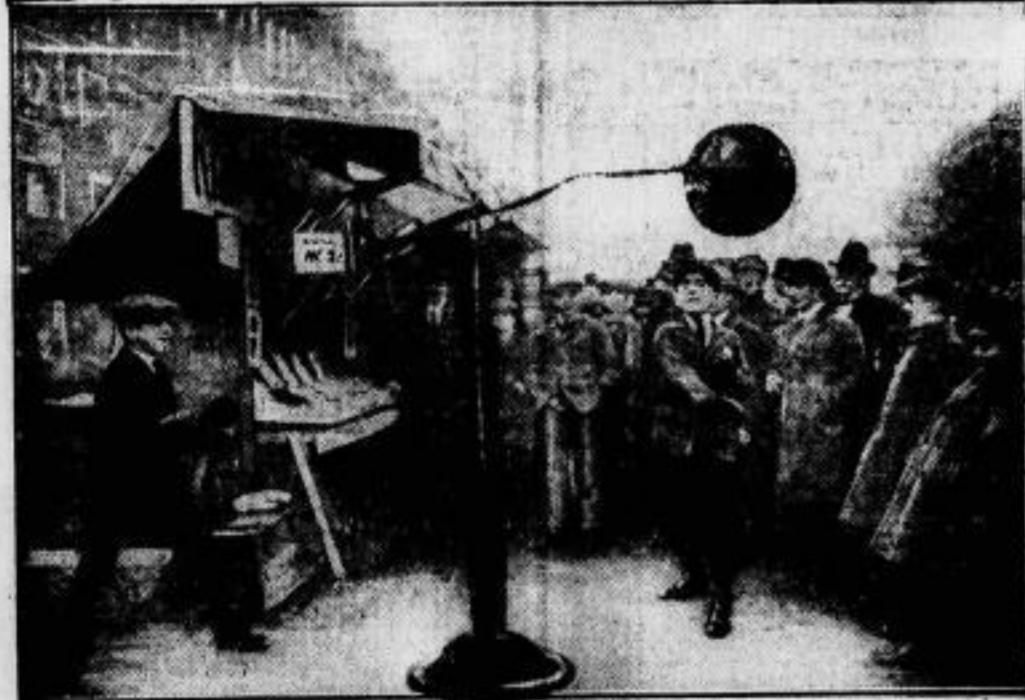
Polnische Schifane.

Die Weichselbrücke Marienwerder-Münsterwalde, die durch das Diktat von Versailles eindringlich eines Vorgeländes als Brückenkopf an Polen abgetreten wurde, soll laut Mitteilung der polnischen Regierung an das deutsche Auswärtige Amt befestigt werden. Die Brücke ist die einzige Verbindung zwischen Oberschlesien und Polen über die Weichsel. Durch die Beseitigung dieser wichtigen Brücke würden, was die Polen natürlich sehr wohl wissen, die wirtschaftlichen Verbindungen mit Oberschlesien sehr leiden.



Gilde Schrader schwimmt Weltrekord.

Bei den Schwimmwettkämpfen in Magdeburg siegte Gilde Schrader im 200 m Damenbrustschwimmen über Lotte Mühe und Elfriede Zimmermann in der neuen Weltrekordzeit von 3:15,6. Leider wird diese Leistung nicht anerkannt werden, da nicht die vorschriftsmäßige Anzahl von Zeitnehmern vorhanden war.



Spartifel auch auf dem Weihnachtsmarkt.

Bereitung am Boundingball.

Spartifel gehören jetzt zu den begehrtesten Artikeln auf dem Weihnachtsmarkt.



Das türkische Siegesdenkmal in Ankara.

Mit großen Feierlichkeiten wurde in Ankara das Denkmal mit dem Standbild Attilas zum Gedächtnis des Sieges über die Griechen enthüllt.



Der elsässische Kommunist Huber.

Der in der französischen Kammer erklärte, daß die Elitärier unter dem französischen Regime zu Sklaven herabgesunken seien und daß die Behauptung, Frankreich habe das Elsass befreit, eine Lüge sei.



Der Kreisbürgermeister Ossenkopp.

Bundswirt Schmelzer sen., der mit seinem Sohn unter Totalsperre-Anlage steht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts Frankfurt a. M. hat unter starker Anteilnahme aller Kreise der Bevölkerung der Prozeß gegen die Bandwirte Paul und August Schmelzer begonnen, die angeklagt sind, am 25. Juni in Arensdorf den Tod zweier Reichsbanner-Mitglieder verursacht zu haben.



Ein eindrücklicher Automobilunfall, der aber noch glimpflich verlief!

Zu Washington ereignete sich infolge von Schneefällen ein eindrücklicher Automobilunfall. Ein mörderischer Baum brachte um und fiel direkt über den Führerstand des Autos. Der Fahrer wurde nicht unerheblich verletzt.

